Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Telephon: Redaktion: 6795. Administration: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich .... Kč 16.—
vierteljährlich .. „ 48.—
halbjährig .... „ 96.—
ganzjährig .... „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Freitag, 22. Feber 1924. Nr. 45.

Internationale Pflicht.

Einer schlechten Uebung folgend pflegen die tschechischen Genossen jedes Verlangen der deutschen Sozialdemokraten nach Schaffung einer nationalen Rechtsordnung im Staate, aufgebaut auf dem Grundsatze der Unabhängigkeit und freien Entwicklungsmöglichkeit aller ihn bewohnenden Nationen, als Ausfluß nationalistischer Gesinnung aufzufassen, das uns würdig erscheinen läßt, mit den Deutschnationalen und Hakenkreuzlern auf eine Stufe gestellt zu werden. Kommt uns nicht nahe und stört nicht unsere Kreise — das ist noch immer das aus dem allnationalen Koalitionsbedürfnis resultierende und sie beherrschende Gefühl, das sie dazu treibt, sich mit Igelstacheln vor den sozialistischen Parteien der anderen Nationen im Staate abzuschließen und auch die tschechische Arbeiterschaft in diesem bedauerlichen Geiste zu erziehen. Wir wollen alle Bitterkeit vermeiden und es verschmähen, mit Zitaten aus der Presse der tschechischen Sozialdemokraten aufzuwarten, aus denen ersichtlich wäre, daß die deutschen Sozialdemokraten sogar zu Hohenzollern- und Habsburgerfreunden, zu Verbündeten der deutschnationalen Bourgeoisie gemacht werden, weil sie es als ihre selbstverständliche sozialistische und demokratische Pflicht ansehen, dafür zu wirken, daß an die Stelle des heutigen Systems der Vorherrschaft der Bourgeoisie der einen Nation, eine Gemeinschaft freier gleichberechtigter Nationen trete. Es sei hier lediglich gezeigt, wie eine andere sozialistische Partei ihre internationalen Pflichten auffaßt und ausübt. Die tschechischen Genossen, welche meinen, die Pflicht der internationalen Gesinnung schon dadurch hinlänglich zu erfüllen, wenn sie die Kongresse der Internationale beschicken, mögen daraus erkennen, daß diese Pflicht am allerwenigsten im politischen Einvernehmen mit der nationalen Bourgeoisie, sondern nur im Kampfe gegen sie an der Seite der sozialistischen Proletarier der anderen Nationen betätigt zu werden vermag.

Kürzlich tagte der 19. Kongreß der sozialistischen Partei Polens (P. P. S.), der zwei wichtige politische Fragen erörterte: die Frage der Teilnahme an der Regierung und die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten. Wie stellt sich die polnische sozialistische Partei gemäß ihrer auf diesem Kongreß gefaßten Beschlüsse ihre eventuelle Teilnahme an einer Regierung vor? Die über die politische Lage beschlossene Resolution spricht aus, daß die Partei gegenüber der Regierungsbildung nicht gleichgültig bleiben könne. Es wird nun in der Resolution ein Programm aufgestellt, von dem gesagt wird, daß es nur von einer Regierung verwirklicht werden kann, welche das volle Vertrauen der Arbeiter genießt. Die Partei erklärt sich willens, den Versuch der Bildung einer solchen Regierung zu machen, wobei sie sich an die Spitze zu stellen bereit erklärt. Man kann der Anschauung sein, daß zwischen dem Programm und den Taten einer Partei noch ein weiter Weg liegt, und es sei nicht verkannt, daß die polnische sozialistische Partei schon manchmal auf falschen Bahnen sich bewegt hat, aber das aufgestellte Programm ist wirklich ein gutes und brauchbares Aktionsprogramm. Es setzt sich die Verteidigung der republikanischen und demokratischen Regierungsform wie auch die Aufrechterhaltung der Rechte und Vorteile, welche die Arbeiterklasse unter der ersten demokratischen Regierung und dem konstituierenden Reichstag errungen hat, zum Ziele. Es tritt für soziale Reformen ein, für die Vorkriegshöhe der Löhne und die Lage der Arbeiter im allgemeinen. Neben anderen finanziellen, sozialen und kulturellen Forderungen verlangt es auch die Lösung des Problems der nationalen Minderheiten gemäß den Prinzipien der Demokratie. Der Kongreß fordert in der Resolution seine Mitglieder auf, alle Anstrengungen zu machen, um die gesamte Arbeiterklasse, ebenso wie die Massen der Bauern und der geistigen Arbeiter in einer gemeinsamen Bewegung für eine demokratische Regierung, eine Regierung der Arbeit zu vereinigen. Wann hat jemals die tschechische Sozialdemokratie ähnliches unternommen? Seit mehr als drei Jahren ist sie auf die allnationale Koalition eingestellt und hat es an allen Bemühungen fehlen lassen, von dieser für die gesamte Arbeiterschaft und die demokratische Entwicklung unseligen Bindung loszukommen und wenigstens ihre Arbeit für den Staat auf neue Grundlagen zu stellen. Schon hier springt der Unterschied der Ideologie der polnischen und der tschechischen Sozialdemokratie in die Augen. Die polnische Partei denkt wohl auch an die Möglichkeit, wenn eine rein demokratische Regierung nicht verwirklicht werden könnte, „unter gewissen genau bestimmten Vorbehalten" auch ein antireaktionäres Kabinett zu dulden oder selbst zu unterstützen, doch dürfte dessen Tätigkeit nicht gegen die Arbeiterklasse gerichtet sein. Wie immer man diese Eventualität auslegt, sie zeigt doch Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiterschaft und unterscheidet sich noch immer wesentlich von der Vorliebe der tschechischen Sozialdemokratie und von ihrem, um jeden Preis erkauften Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu den nationaldemokratischen Fascisten und Klerikalen.

Klarer und eindeutiger aber ist noch die von der polnischen sozialistischen Partei auf dem Kongresse festgelegte Politik gegenüber den nationalistischen Minderheiten. Auch Polen hat, wie die Tschechoslowakei, sein nationales Problem, denn neben Ukrainern und Weißrussen leben dort auch Deutsche, die ersteren beiden Nationen meist im geschlossenen Sprachgebiet, die letzteren verstreut als Minoritäten in den Städten. Während aber die tschechischen Genossen an das nationale Problem nicht rühren, es im Grunde genommen durch die von den Friedensmachern ausgeklügelten, nichtssagenden und verwaschenen Minderheitsschutzbestimmungen für gelöst erachten und das Maß ihrer internationalen sozialistischen Pflichten bisher nicht weiter gesteckt haben, als eben dieses kautschukartige nationale Minderheitsrecht reicht, erkennen die polnischen Sozialdemokraten in einer gefaßten Resolution ausdrücklich die Frage der nationalen Minderheit als „eines der dringendsten Probleme des öffentlichen und sozialen Lebens in Polen". Wann hätten sich die tschechischen Sozialdemokraten zu einer solchen Einsicht aufgeschwungen, oder zu der, daß „die Regierungspolitik von nationalistischen Tendenzen durchdrungen ist"?! Die polnischen Genossen verhehlen sich nicht, daß der heutige Zustand der Dinge Anlaß gibt zu ständigen Kämpfen zwischen den Nationalisten, die die Entwicklung der Arbeiterbewegung hemmt, der Demokratisierung des Staates widerstrebt und die reaktionären Tendenzen bei der polnischen Gesellschaft stärkt, andererseits dagegen die nationalistischen Tendenzen bei den nationalen Minderheiten nährt. Es heißt in der Resolution: „Der polnischen sozialistischen Partei obliegt es, die Initiative zu den notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um den nationalen Kämpfen ein Ende zu setzen. Es ist die Pflicht des polnischen Sozialismus und gleichzeitig das Interesse der Demokratie und der Zukunft des polnischen Staates, zwischen den Staatsbürgern der Republik normale Beziehungen herzustellen, welche den nationalen Minderheiten die freie Entwicklung ihrer Kräfte und Fähigkeiten vollkommen gewährleisten und welche ihr Zusammenleben und ihre brüderliche Zusammenarbeit mit dem polnischen Volke möglich machen." Vielleicht wird jemand sagen: daß das nur eine Resolution ist, der noch die Tat fehlt, aber man vergleiche damit die Aeußerungen der tschechischen Sozialdemokraten, die jedes Verlangen nach Regelung der nationalen Frage als lästig und „unzeitgemäß" ansehen.

Die polnische sozialistische Partei hat aber noch mehr getan als diese allgemeinen sozialistischen Erkenntnisse geäußert zu haben, sie beschloß auch die Einleitung einer Aktion, um zu verwirklichen:

Eine vollständige und wirkliche Gleichheit der Rechte aller Staatsbürger der Republik ohne Unterschied ihrer Nationalität und Religion.

Die Inkraftsetzung jener Artikel der Verfassung, welche den Minderheiten ihre Rechte auf Sprache, Schule und nationale Kultur im allgemeinen gewährleisten; bei Verteilung der Subventionen und Unterstützungen, welche der Staat oder die autonomen Gemeinden gewähren, soll nichts anderes in Erwägung gezogen werden, als der Charakter und das Niveau der Studien in einer gegebenen Schule, nicht aber der Glaube, die Nationalität oder die Unterrichtssprache;

Den endgültigen Bruch mit dem System der administrativen Behelligungen und Quälereien gegenüber den religiösen und nationalen Minderheiten.

Die Einführung der Autonomie der Orte, Gemeinden und Departements in den östlichen Provinzen; die Teilnahme der Bürger, welche den nationalen Minderheiten angehören, an allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung.

Die territoriale Autonomie für die Minderheiten, welche bestimmte Gebiete in kompakten Massen bewohnen unter Vorbehalt aller Rechte der polnischen Bevölkerung.

Der Kongreß betont indes mit Entschiedenheit, daß, wenn der polnische Sozialismus die Pflicht hat, gegen den polnischen Nationalismus zu kämpfen, eine gleiche Aufgabe der Demokratie bei den Ukrainern, Weißrussen, Deutschen und Juden obliegt in bezug auf die nationalistischen und klerikalen Tendenzen im Schoße ihrer eigenen Gesellschaft.

Die bisherige Haltung der polnischen sozialistischen Partei warnt vielleicht vor allzu überschwänglichen Hoffnungen, aber dieses Programm bedeutet unstreitig eine entschiedene Wandlung, eine Erkennung ihrer internationalen Pflichten, den Bruch und den Kampf gegen die nationalistische Bourgeoisie für die staatliche und nationale Neuordnung. Dieser Kampf gegen den Nationalismus ist nicht leicht, es ist wahrhaftig bequemer, vor ihm die Segel zu streichen, wie es leider unsere tschechischen Genossen tun, aber die polnische Sozialdemokratie weiß, daß sie in diesen Kampf ebenso im Interesse der Arbeiterklasse und der notwendigen Entwicklung, wie auch im wahren Interesse des Staates eintritt. Auch die tschechischen Sozialdemokraten werden sich dieser Einsicht auf die Dauer nicht verschließen können.

Der Sieg der englischen Docker.

Ein großer Erfolg der Arbeiterregierung.

London, 21. Feber. Wie amtlich gemeldet wird, ist der Dockarbeiterstreik beendet.

London, 21. Feber. (AR.) Die Nachrichten über das in den frühen Morgenstunden zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Angestellten wegen Beilegung des Streikes der Dockarbeiter erzielte Uebereinkommen wurden mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Dieses Uebereinkommen muß allerdings noch von der Konferenz der Arbeiterdelegierten gebilligt werden, welche heute abends im Arbeitsministerium eine Sitzung abhalten werden. Man erwartet jedoch mit Zuversicht, daß dieses Uebereinkommen angenommen wird, wiewohl es klar ist, daß sich auch eine Opposition dagegen stellen wird. Der Einfluß des Führers der Dockarbeiter Bewin ist sehr groß und wird auch in der Konferenz sein Gewicht zugunsten der Beilegung des Streikes haben.

Wie verlautet, sollen die Bedingungen für die Beilegung des Konfliktes erfüllt werden, d. i. die Erhöhung des Taglohnes um zwei Schilling in zwei Abschnitten. Die Erhöhung um einen Schilling wird sofort gezahlt und die Erhöhung um den zweiten Schilling ab 1. Juni. Ferner soll über die Frage verhandelt werden, wie die Arbeiterschaft in den Docks von dem gelegentlichen ja zufälligen Arbeitscharakter befreit werden könnte, welcher den Unterhalt der Arbeiterschaft so unsicher und heikel gestaltet. Die Beseitigung dieser Zufälligkeit ist für die Arbeiterschaft ebenso wichtig wie die Lohnfrage.

Im Unterhause drückte heute der Premierminister die Hoffnung aus, daß der Konflikt heute abend endlich beigelegt sein wird und sprach sich lobend über die große Gewandtheit und die Ausdauer aus, die Arbeitsminister Shaw in dieser Angelegenheit bekundete.

Die Blätter beglückwünschen in ihren Abendausgaben die Arbeiterregierung zu ihrer Schlagfertigkeit und Energie bei den Verhandlungen. „Evening News", welche die neue Arbeiterregierung schroff kritisieren, schreiben: Es scheint klar zu sein, daß wir die rasche Beilegung der Angelegenheit in nicht geringem Maße dem Vorgehen des Untersuchungsausschusses verdanken, der von der Regierung zur Untersuchung der Gründe des Streikes eingesetzt wurde. Dort, wo die Nation beteiligt ist, ist es vor allem notwendig, daß die Streitparteien aufgefordert werden, ihre Karten offen vor der ganzen Bevölkerung auf den Tisch zu legen. Wenn dies geschieht, können wir uns im allgemeinen immer darauf verlassen, daß der Gerechtigkeit Genüge geschehe und daß der Verstand vorherrschen wird.

Auftakt zu den Reichstagswahlen.

Mobilisierung der sozialdemokratischen Wähler.

Berlin, 21. Feber. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts" veröffentlicht in seiner heutigen Abendausgabe an der Spitze des Blattes eine Aufforderung an die sozialdemokratischen Wähler, sich für die kommenden Reichstagswahlen, die möglicherweise schon in der ersten Hälfte des Monates April stattfinden können, bereit zu halten und dafür zu sorgen, daß der Parteiapparat für die Organisation der Wahlen in der Partei unbedingt funktioniere.

Der Reichskanzler hat heute Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien über die Anberaumung eines Wahltermines zu führen gesucht. Die Verhandlungen kamen nicht zustande, nachdem die Deutschnationalen als Wahltermin den 6. April verlangten, während die Mittelparteien einen späteren Termin wünschten. Alle diese Verhandlungen und Besprechungen über die Anberaumung der Wahlen sind aber vorläufig nicht verbindlich; sie hängen wesentlich ab von dem Ergebnis der Verhandlungen über die sozialdemokratischen Anträge. Ueber diese äußert sich die Berliner Presse mit Ausnahme der rechts stehenden deutschnationalen außerordentlich zurückhaltend. Die Möglichkeit einer Verständigung über die wichtigsten Punkte dieser Anträge ist vorläufig jedenfalls durchaus nicht von vornherein zurückzuweisen. Die parlamentarische Situation ist infolgedessen zur Zeit im deutschen Reichstag vollkommen unübersichtlich.

Sieg der englischen Dockarbeiter.

London, 21. Feber. Das Arbeitsministerium gibt heute morgens drei Uhr bekannt, daß der Dockarbeiterstreik nach Verhandlungen, die die ganze Nacht gedauert haben, beigelegt worden sei, nachdem die Arbeitgeber nicht nur die volle Lohnerhöhung von zwei Schilling pro Tag und Mann, sondern auch eine größere Regelmäßigkeit in der Beschäftigung der ungelernten Arbeiter zugestanden haben.

Groß waren die allgemeinen Probleme, vor die sich die englische Arbeiterpartei bei der Uebernahme der Regierung gestellt sah: Die politische Situation Europas voll Spannungen, das Reparationsproblem ungelöst, im Innern die furchtbare Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Und dazu kamen noch zwei Ereignisse, welche die Aufmerksamkeit der Regierung Macdonald voll in Anspruch nahmen: An dem Tage, da die Arbeiterpartei die Regierung übernahm, standen 50.000 Lokomotivführer und Heizer im Streik, so daß ein großer Teil des englischen Eisenbahnverkehrs lahmgelegt war. Was das in einem solchen Industrielande wie England bedeutet, was das für Folgen für die Gesamtbevölkerung, die Volkswirtschaft und den Staat hat, liegt auf der Hand. Dennoch gelang es der Regierung nach neuntägiger Dauer des Streiks einen Ausgleich herbeizuführen.

Kaum war aber der Eisenbahnerstreik beendet, als England vor einer zweiten noch größeren Krise stand: dem Streik der Dockarbeiter. England ist ein Land, welches in seiner Ernährung vollständig auf das Ausland angewiesen ist. Der größte Teil der Nahrungsmittel kommt über See. Ein Streik der Dockarbeiter gefährdet also Englands Ernährung, zumal der Streik so allgemein war, wie noch nie ein Dockarbeiterstreik in der Geschichte Englands und alle Häfen von ihm betroffen waren. Seit Mitte Dezember bereits verhandelten die Vertreter der Gewerkschaften mit den Unternehmern, ohne daß eine Einigung herbeigeführt werden konnte. Die Arbeiter, welche im Jahre 1922, in der Zeit des Preisrückganges, sich wiederholt Lohnherabsetzungen gefallen lassen mußten, verlangten nun angesichts des Ansteigens der Preise eine Lohnerhöhung von zehn Shilling auf zwölf Shilling, das ist von etwa 75 auf 89 Kronen täglich. Die Unternehmer, die in der letzten Zeit viel verdient hatten, waren bereit, einen Shilling Lohnerhöhung zu gewähren, was aber die Arbeiter ablehnten. Noch vor dem Ausbruch des Streiks machte der Arbeitsminister Tom Shaw, der ehemalige Sekretär der sozialistischen Arbeiterinternationale, den Versuch, zwischen den streitenden Teilen zu vermitteln und wies den Unternehmern gegenüber darauf hin, daß die Lohnerhöhung angesichts der steigenden Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel völlig gerechtfertigt sei. Da aber die Unternehmer trotz alledem nicht nachgeben wollten brach Samstag, den 16. Feber, der Streik aus. 120.000 Dockarbeiter legten die Arbeit nieder.

Die Solidarität der Arbeiter hat sich in diesem Staate aufs glänzendste bewährt. Nicht nur, daß alle Dockarbeiter der Parole ihrer Gewerkschaft folgten, auch die Eisenbahner, die beim Umladen von den Schiffen auf die Eisenbahnen tätig sind, enthielten sich jeder Arbeit und beförderten keine Waren. Welch ein Fortschritt der Solidarität der englischen Arbeiterklasse seit jenem berühmten schwarzen Freitag, da die große Koalition zwischen den Bergarbeitern, Eisenbahnern und Transportarbeitern in die Brüche ging! Zwischen 1921 und 1924 hat sich eben eine bedeutende Vertiefung des Klassenbewußtseins der englischen Arbeiterklasse vollzogen.

So konnte der Streik der Dockarbeiter mit einem vollen Erfolg endigen. Die Arbeiter bekommen sofort eine tägliche Lohnzulage von einem Shilling, vom 1. Mai dieses Jahres eine weitere Zulage von einem Shilling. Dieser Erfolg ist neben der prachtvollen Solidarität der englischen Arbeiter auch der Regierung Macdonald zu verdanken, deren Arbeitsminister mit großer Energie und Zähigkeit die Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern eingeleitet und sie zu einem Ergebnis geführt hat, das ein glänzender Sieg der englischen Dockarbeiter und damit der englischen Arbeiterklasse ist. Das Verhalten und die Geschicklichkeit der englischen Regierung werden zweifellos die Autorität und die Achtung, die diese Regierung sowohl in England als auch in der ganzen Kulturwelt genießt, erhöhen. Der englischen Arbeiterklasse wird gezeigt, welch wertvolle Machtposition die Regierung Macdonald darstellt und den Regierungen der ganzen Welt mag zum Vorbild dienen, wie eine energische und zielbewußte Regierung in soziale Konflikte eingreifen kann. Damit vergleiche man etwa das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung in ähnlichen Konflikten. Im Bergarbeiterstreik im vorigen Sommer hat es wochenlang gedauert, bis die Regierung sich entschloß, in wirksamer Weise auf die Unternehmer einzuwirken und gerade jetzt tobt in Tannwald ein Kampf, an dem zum großen Teil die Regierung die Mitschuld trägt, weil das Ministerium für soziale Fürsorge, trotzdem es von den beiden streitenden Teilen aufgerufen wurde, nicht vermittelte. Die tschechoslowakische Regierung hat alle Ursache, sich an der englischen Arbeiterregierung ein Beispiel zu nehmen!

Inland.

Die gewaltsame Tschechisierung Teschens.

Alle Versprechen, die die Regierung den Deutschen im Plebiszit gegeben hat, sind im Wind verweht. Mit allen Mitteln werden Fremde nach Teschen gezogen, mit aller Gewalt die Tschechisierung durchgeführt. Dafür sind die Deutschen von den polnischen Aufständischen ausgeplündert und am Leben bedroht worden, damit jetzt die „Fremden" einziehen und es sich gütlich tun. So hat Tschechisch-Teschen nicht die Erlaubnis erhalten, eine eigene Sparkasse zu gründen, obzwar man den Tschechen, die in der Stadt eine kleine Minderheit bilden — siehe Gemeindewahlen — die Hälfte der Beamtenposten angeboten hat. Dafür hat die Friedeker Sparkasse, die unter dem Einfluß des Nationaldemokraten und dortigen Verwaltungskommissärs Tessak steht, in Teschen eine Filiale errichtet, zur Wahrung des tschechischen Charakters der Stadt! Die Bezirkskrankenkasse wieder ist von den tschechischen Sozialdemokraten besetzt worden. Die kleine Pstka in Teschen macht es der großen nach und verteilt die Beute, deren man habhaft werden kann. Zum Glück gibt es nicht nur eine Spiritusaffäre in Prag, es wird auch in Teschen bald der Gestank so groß werden, daß man einige Opfer wird bringen müssen. Nachdem die tschechischen Sozialdemokraten unter Anführung des bis vor zwei Jahren im nationaldemokratischen Lager stehenden Tessak (ein anderer als der eben genannte Friedeker) die Krankenkasse durch Einsetzung einer Verwaltungskommission erobert haben, haben sie einfach mehrere neue Beamte aufgenommen, trotzdem keine Notwendigkeit hiefür bestand, denn schon vorher hat die Krankenkassenverwaltung unter dem linden Druck der Regierung zwei Tschechen anstellen müssen. Das hat aber den Nationaldemokraten keine Ruhe gegeben und so haben sie die Ausschreibung der mit 2500 Kronen monatlich bezahlten Stelle eines neuen Arztes erzwungen und trotzdem ortsansässige Aerzte sich um die Stelle bewarben, und trotzdem in Schlesien genug Aerzte für diesen Posten vorhanden waren, einen Parteianhänger aus Olmütz durchgesetzt. Dafür soll nun aber der bisherige Vorstandsobmann und tschechischer Sozialdemokrat Tessak — der für die Ausübung dieser „Ehrenfunktion" monatlich sechshundert Kronen bezieht, zum Direktor avanzieren. Tessak unterrichtete bis nun an dem Privatgymnasium des tschechischen Schulvereines. Nachdem Tessak aber nicht die vorgeschriebenen Prüfungen hat, wird er das Unterrichten an der inzwischen verstaatlichten Anstalt bleiben lassen müssen und soll nun dafür die mit über 3000 Kronen monatlich dotierte Stelle eines Direktors der Teschner Bezirkskrankenkasse erhalten. Was für ein Chauvinist Tessak ist, geht daraus hervor, daß er, trotzdem dreisprachige Drucksorten von der vorigen Verwaltung in Menge vorhanden waren, diese einfach beseitigen ließ und neue einsprachige, natürlich tschechische Drucksorten herstellen ließ, obzwar er nach dem Gesetz zumindestens sie hätte zweisprachig drucken lassen sollen. Dieser Chauvinismus des gewesenen Nationaldemokraten geht sogar den tschechischen Sozialdemokraten über die Hutschnur, und diese neue Aquisition der Partei — Tessak hat sich binnen kurzem zum Führer emporgeschwungen — hat schon manchen Sturm in der Partei heraufbeschworen.

Jämmerliche kommunistische Hilflosigkeit.

Der Reichenberger „Vorwärts" lieferte in seiner gestrigen Nummer ein Schulbeispiel zum Beweise, daß die Kommunisten in ihrer Ohnmacht, uns irgend ein Versehen nachzuweisen, und in der Hilflosigkeit, nur die geringste praktische Leistung für die Arbeiterschaft zu vollführen, zu den unglaublichsten Mätzchen Zuflucht nehmen.

Unübersehbar ist die Zahl der Artikel und Notizen, in denen wir uns in den letzten Monaten und Wochen mit dem Kampfe der Arbeiterschaft sowohl in Deutschland, als auch in allen anderen Industriestaaten, gegen die Angriffe auf den Achtstundentag beschäftigen. Erst am letzten Samstag veröffentlichten wir einen Leitartikel unter dem Titel „Los gegen den Achtstundentag!", am Dienstag darauf widmeten wir unseren Leitaufsatz der schweizerischen Volksabstimmung, die gegen die Verlängerung der Arbeitszeit entschied, und am Mittwoch brachten wir die Beschlüsse der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale, deren einer zum Widerstand gegen die Angriffe gegen den Achtstundentag aufruft, während die politische Resolution die „Wiederherstellung des Achtstundentages in Deutschland und seine Aufrechterhaltung in der ganzen Welt" als eine der wichtigsten Tagesforderungen der internationalen Arbeiterklasse proklamiert. Ebenso wie wir beschäftigen sich alle unsere Parteiblätter und die Organe unserer Bruderparteien, beispielsweise die „Arbeiterzeitung", Tag für Tag mit dem Kampfe um die Erhaltung des Achtstundentages. All dies hinderte aber den Reichenberger „Vorwärts" nicht, in seiner gestrigen Nummer eine Notiz an die „sozialdemokratischen Arbeiter" zu veröffentlichen, in welcher diese aufgefordert werden, die sozialdemokratischen Redakteure zu fragen, warum wir ihnen über den Kampf der Arbeiter Deutschlands für den Achtstundentag „mit keinem Worte berichten". Die sozialdemokratischen Arbeiter, die den „Vorwärts" überhaupt in die Hände bekommen, wissen wir genügend vor der Demagogie der Kommunisten und ihrer Presse geschützt. Gerade auf die sozialdemokratischen Arbeiter wird es darum besonders belustigend gewirkt haben, als sie nach der Lektüre genannter Notiz auf Seite zwei des „Vorwärts", auf der Seite drei derselben Nummer einen Bericht über die Sitzung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale fanden, in welchem es unter anderem heißt:

„Bezüglich des Achtstundentages wird eine „internationale Massenaktion im Einvernehmen mit dem internationalen Gewerkschaftsbund" geplant, um das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag, das bekanntlich von der Mehrzahl der Staaten noch gar nicht ratifiziert wurde, durchzusetzen".

Diese Blamage hat der „Vorwärts", der in der letzten Zeit auffallende Erscheinungen von Marasmus zeigt, wohl nicht gerade notwendig gehabt. Aber wie gesagt, die Kommunisten saugen sich in ihrer Hilflosigkeit und in ihrem katastrophalen Mangel an Argumenten, Angriffspunkte gegen die Sozialdemokratie aus den Fingern. Daß sie sich dabei jedesmal bis auf die Knochen blamieren, dürfte ihren Zwecken kaum förderlich sein.

Lügen des gelben „Tag". Der Duxer „Tag" berichtet in seiner Nummer vom 16. Feber in fetten Lettern, daß bei der Bruderlade in Brüx zwei Direktoren über Vorschlag der Regierung mit ein Gehalte von je 70.000 K und 80.000 K, ernannt wurden. „Die Bergarbeiter können zahlen", meint der Duxer „Tag". Er teilt auch weiter mit, daß diese beiden tschechischen Direktoren gar nichts zu tun haben; natürlich (wozu wäre der Duxer „Tag" denn hier) begleitet er diese Mitteilung mit einer Verdächtigung der Bergarbeiterunion, indem er die Notiz mit folgendem Passus schließt:

„Diese ganz unerhörte Geschichte trägt sich zu, ohne daß die rote Union und ihre Macher, die doch in der Bruderlade die Macht haben, auch nur einen Protest eingelegt hätten. Und was sagen die Bergarbeiter?"

So schließt die Notiz. — Natürlich ist an der ganzen Sache kein wahres Wort. Bei der Zentralbruderlade in Brüx wurde weder ein, noch zwei Direktoren angestellt, sondern es wurde in der letzten Zeit überhaupt keine Neueinstellung durchgeführt. Es sind bei der Brüxer Zentralbruderlade auch keine zwei tschechischen Direktoren, sondern nur ein deutscher Direktor namens Wilhelm angestellt. So belügt das gelbe Blatt seine Leser! — Richtig ist, und das scheint die Veranlassung der Notiz zu sein, daß in der letzten Zeit bei der neuen Zentralbruderlade in Prag für die ganze Republik zwei Direktoren, davon einer ein ehemaliger staatlicher Bergbeamter, aber auch nicht über Wunsch der Regierung, sondern gegen den Wunsch und gegen den Willen der Regierung, angestellt wurden.

Der Aussiger Gemeinderat für den Mieterschutz. In der Dienstag-Sitzung des Aussiger Gemeinderates wurde ein Resolutionsantrag der Genossin Kirpal angenommen, in dem es heißt:

„Die Gemeindevertretung der Stadt Aussig protestiert gegen jede Verschlechterung des bestehenden Mieterschutzgesetzes und gegen jede Maßnahme, welche den Bau von Wohnhäusern mit staatlicher Subvention unmöglich machen würde. Das jetzt gültige Mieterschutzgesetz stellt

---

Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London. 16

Freundlich Bürger fingen die Hunde ein und sammelten die umherliegenden Gegenstände. Dann gaben sie Anweisung. Eine halb so schwere Ladung und doppelt soviel Hunde, wenn sie je erwarten, Dawson zu erreichen, war, was sie sagten. Hal und seine Schwester und sein Schwager hörten es unwillig, schlugen ihr Zelt auf und übersahen einzeln die Ausrüstung. Eingemachtes wurde fortgeworfen, worüber die Männer lachten, denn Eingemachtes auf dieser langen Reise ist eine traumhafte Sache. „Decken für ein Hotel," sagte einer der Männer, die lachten und halfen. „Die Hälfte ist noch zuviel, trenne dich davon." „Wirf das Zelt weg und das ganze Geschirr — wer will es denn überhaupt spülen? Meint ihr vielleicht, ihr fahrt in einem Pullman?"

Und so kam das Unausbleibliche, daß das Ueberflüssige über Bord geworfen wurde. Mercedes schrie, als ihre Kleidersäcke bis auf den Grund durchwühlt wurden und ein Stück nach dem andern fortflog. Sie schrie im allgemeinen und sie schrie im besonderen über jedes verabschiedete Ding. Sie legte die Hände über den Knien zusammen und rückte trostlos hin und her. Sie versicherte, daß sie keinen Zoll gehen würde, nicht für ein Dutzend Charles'. Sie wandte sich an jedermann und an jeden Gegenstand, wischte sich schließlich über die Augen und fuhr fort, gerade solche Sachen herauszuwerfen, die durchaus notwendig waren. Nachdem sie mit den ihren fertig war, ging sie in ihrem Eifer an die Habseligkeiten ihres Mannes und verfuhr damit wie ein Wirbelwind.

Nachdem dies alles geschehen war, blieb die Ausrüstung, obgleich nur noch die Hälfte, immer noch eine mächtige Ladung. Charles und Hal gingen am Abend aus und brachten sechs Hunde von außen mit. Mit diesen und den sechs Hunden des alten Gespanns, und Teek und Koona, die beide bei den Wasserfällen von Rink hingekommen waren, bestand nunmehr das Gespann aus vierzehn Tieren. Allerdings wollten diese sechs neuen Hunde nicht viel besagen, obgleich sie seit ihrer Landung ganz gut eingefahren waren. Drei davon waren kurzhaarige Wachtelhunde, einer ein Neufundländer, und die andern zwei Mischlinge von nicht zu bestimmender Rasse. Sie schienen alle nichts zu wissen. Buck und seine Gefährten sahen mit Verachtung auf sie herab, und obgleich er ihnen bald ihre Plätze und das, was sie nicht zu tun hatten, beibrachte, so konnte er ihnen nicht beibringen, was sie tun sollten. Sie gingen nicht gleichmäßig auf der Bahn und in den Strängen. Mit Ausnahme der beiden Mischlinge waren sie durch die fremde, wilde Umgebung und durch die schlechte Behandlung, die sie erfahren hatten, verwirrt und seelisch niedergebrochen. Die beiden Mischlinge waren gänzlich ohne Geist; Knochen waren ganz einzig zerbrechliche an ihnen.

Mit den neuen hilflosen und verlassenen Hunden und dem alten Gespann, das nach einem ununterbrochenen Zug von fünfundzwanzighundert Meilen erschöpft war, konnte die Aussicht nicht glänzend sein. Die beiden Männer waren wie immer vergnügt und stolz dazu. Sie trieben die Sache in großem Stil, mit vierzehn Hunden. Sie hatten schon manchen Schlitten über den Paß von Dawson fahren gesehen, aber nie einen, der von vierzehn Hunden gezogen wurde. Es lag in der Natur der arktischen Reise, daß vor einem Schlitten nicht vierzehn Hunde laufen sollten. Der Grund war einfach der, daß ein Schlitten das Futter für vierzehn Hunde nicht mitführen konnte. Aber Charles und Hal wußten das nicht. Sie hatten die Reise auf dem Papier ausgearbeitet. Soviel für einen Hund, soviele Hunde, soviele Tage. Quod erat demonstrandum. Mercedes sah ihnen dabei über die Schulter und nickte verständnisvoll; es war ja alles doch so furchtbar einfach.

Spät am andern Morgen führte Buck das Gespann auf die Straße. Es war kein Leben darin, kein Schwung in ihm und seinen Gefährten. Sie brachen schon todmüde auf. Viermal hatte er die Strecke zwischen Salt Water und Dawson zurückgelegt, und der Gedanke, daß er, abgehetzt und matt, jetzt wieder vor derselben schweren Aufgabe stand, machte ihn erbittert. Sein Herz war nicht bei der Arbeit, so wenig wie das der anderen Hunde. Die Außenhunde waren sehr furchtsam und erschreckt, und die Innenhunde ohne jedes Vertrauen zu ihren Herren.

Buck hatte das unbestimmte Gefühl, daß man sich auf diese Männer und diese Frau nicht verlassen konnte. Sie wußte nicht, wie irgend eine Sache angepackt werden mußte, und als die Tage vorbeigingen, wurde es deutlich klar, daß sie es auch nie lernen würden. Sie waren in allen Dingen nachlässig, ohne Ordnung und Disziplin. Um ein schlumpiges Lager aufzuschlagen, brauchten sie die halbe Nacht, und um es abzubrechen, den halben Morgen. Den Schlitten beluden sie in einer so ungeschickten Weise, daß sie den Rest des Tages dazu verwenden mußten, ihn anzuhalten und die Ladung wieder in Ordnung zu bringen. An manchen Tagen kamen sie keine zehn Meilen vorwärts; an andern Tagen kamen sie überhaupt nicht zur Abfahrt. Aber an keinem Tage legten sie mehr als die Hälfte dessen zurück, was sie dabei der Berechnung des Hundefutters als Basis angenommen hatten.

Es war daher unausbleiblich, daß Futtermangel sich einstellen würde. Sie beschleunigten diesen durch Ueberfütterung der Hunde und brachten so den Tag näher, an dem die Unterernährung beginnen mußte. Die neuen Hunde, deren Verdauung nicht durch den andauernden Hunger darauf eingestellt war, aus wenigem viel zu machen, hatten mächtigen Appetit. Und da die abgehetzten Hunde schwach zogen, so schloß Hal daraus, daß die seitherige Futterration zu klein sei. Deshalb verdoppelte er sie. Und um alles auf die Spitze zu treiben, stahl Mercedes, da sie ihn trotz der Tränen in ihren schönen Augen und dem Schluchzen in ihrer Kehle nicht bestimmen konnte, den Hunden noch mehr zu geben, aus den Fischsäcken und fütterte sie heimlich. Aber Buck und seinen Gefährten fehlte nicht das Futter, sondern die Ruhe. Und obgleich sie nur langsam vorwärts gingen, untergrub die schwere Ladung, die sie zogen, ihre Kraft ernstlich.

Die Unterernährung kam. Eines Tages wurde es Hal klar, daß zwar das halbe Hundefutter aufgezehrt, aber nur ein Viertel der Strecke zurückgelegt war; er erfuhr ferner, daß Futter unterwegs nicht für Geld und gute Worte zu haben sein würde. Daher beschnitt er wieder die gewohnte Ration und versuchte, die Tagesleistung zu steigern. Seine Schwester und sein Schwager unterstützten ihn, aber bei ihrer Unzulänglichkeit und der schweren Ladung war alles vergeblich. Es war ein einfaches Mittel, den Hunden Futter abzuziehen, aber es war unmöglich, ihnen schnellere Beine zu machen, solange ihre eigene Unfähigkeit, sich des morgens früher in Marsch zu setzen, sie verhinderte, mehr Stunden zu reisen. Sie wußten nicht nur nicht, Hunde zu behandeln, sie wußten nicht einmal, sich selbst zu behandeln.

Der erste, der das Zeitliche segnete, war Dub. Der arme dumme Dieb, der immer erwischt und geprügelt wurde, war schließlich nicht der schlechteste Arbeiter. Sein verrenktes Schulterblatt wurde immer schlimmer, und schließlich schoß Hal ihn mit dem großen Revolver tot. Es heißt, das ein Hund von draußen an der Ration eines Zughundes zugrunde geht, und so konnten die sechs Ausseiter nichts anderes tun als verhungern. Zuerst verhungerte der Neufundländer, dann folgten die drei kurzhaarigen Wachtelhunde, zuletzt die beiden Mischlinge, die zäher am Leben hingen.

(Fortsetzung folgt.)

kaum ein Mindestmaß des Schutzes dar, den die große Masse der Mieter verlangen muß. Jede weitere Maßnahme gegen die Mieter, insbesondere die Erhöhung der Mietpreise oder die Ausscheidung der Kleinbetriebsstätten aus den Bestimmungen des Gesetzes, muß im allgemeinen Interesse unterbleiben.

Die Wohnungsnot ist in Aussig, trotz der von der letzten Gemeindeverwaltung durchgeführten Wohnungsbauten katastrophal und viele Arbeiterfamilien leiden entsetzlich unter den schlechten Wohnverhältnissen. Die Zustände können nur durch raschesten Bau neuer Wohnungen und strengsten Mieterschutz beseitigt werden. An eine wesentliche Hebung der privaten Bautätigkeit ohne staatliche Subvention ist derzeit nicht zu denken, da die durchschnittlichen Baukosten in Aussig immer noch das neunfache des Friedenspreises betragen. Durch Aufhebung des Mieterschutzgesetzes würden sich die kaum zu ertragenden Mietpreise der Wohnungen in den neuen, dem Mieterschutzgesetz nicht unterliegenden Häusern auf die alten Wohnungen übertragen, was eine Verteuerung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung, schwere Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft und neuerliches Steigen der Preise im Gefolge haben müßte.

Die Stadtvertretung spricht die Meinung aus, daß der Staat und die öffentlichen Verwaltungskörperschaften der Bekämpfung der Wohnungsnot das größte Augenmerk zuwenden müssen. Dazu ist in erster Reihe die Erfüllung folgender Forderungen notwendig:

1. Die Schaffung eines Reichswohnungs- und Siedlungsgesetzes und Errichtung von Wohnungsämtern aller Instanzen;

2. beschleunigte Errichtung von Neubauten mit Staatsbeihilfe und Verpflichtung der Geldinstitute zur Kreditgewährung;

3. Wiedererneuerung des Wohnungsbeschlagnahmerechtes, um dem Wohnungsluxus und der die Mieter schädigende Möbilierung der Wohnungen vorzubeugen;

4. weitestgehender Mieterschutz durch Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzgesetzes.

Diese Willenskundgebung ist dem Ministerratspräsidium und dem Ministerium für soziale Fürsorge schriftlich zur Kenntnis zu bringen."

Die bürgerlichen Wahlgemeinschafter zeigten in der Sitzung ihre „Mieterfreundlichkeit" im rechten Lichte: sie beantragten eine Entschließung zur Annahme, in der nichts anderes festgestellt wird, als daß der Abbau des Mieterschutzgesetzes eine Notwendigkeit ist. Diese Entschließung wurde allerdings abgelehnt, weil es im Aussiger Gemeinderat auch noch andere Parteien gibt als die in der Wahlgemeinschaft vereinigten Deutschbürgerlichen.

Was Svehla in Marienbad macht. „Rude Pravo" meint: Svehla hat Beratungen mit den deutschen Klerikalen (Abt Helmer) und mit den Agrariern (Meyer). Es handelt sich um eine eventuelle Erweiterung der Koalition durch diese deutschbürgerlichen Parteien bei gleichzeitiger Ausscheidung der tschechischen Sozialdemokraten.

Verkehrstechnischer Ausschuß des Senates. In der gestrigen Sitzung des Verkehrstechnischen Ausschusses des Senates kam es zu einer regeren Debatte bei der Beratung der Verstaatlichung der Lokalbahn im Borsetal (Karpathorußland), Senator Klimko (slowak. Volksp.) machte Einwendungen dagegen, daß über eine rein karpathoruss'sche Angelegenheit, die in die Kompetenz des karpathoruss'schen Landtages gehört, im Prager Parlament verhandelt werde. Senator Brabec widerspricht dieser Meinung, Senator Trčka teilte den Standpunkt Klimkos, meinte aber, daß durch die Verstaatlichung dem Lande nur geholfen wird, infolgedessen werde er für die Verstaatlichung stimmen. Senator Genosse Friedrich trat für die Verstaatlichung der Bahn ein; die Passivität der Bahn könne kein Hindernis für deren Uebernahme durch den Staat bilden, weil der Staat bei einer allgemeinen Bahnverstaatlichung eben gute und schlechte Bahnen übernehmen muß. Er ersuchte um Bekanntgabe des Betriebsdefizites der Bahn. Nachdem noch der Berichterstatter Havlena versichert hatte, daß alle Rechte und Pflichten der Bediensteten der tschechoslowakischen Staatsbahnen für das übernommene Personal in Anwendung kommen werden, wurde die Vorlage angenommen und die Sitzung geschlossen.

Ausland.

Italien und Jugoslawien.

Frankreich und die Tschechoslowakei.

Unter diesem Titel nimmt in einem Bericht seines römischen Berichterstatters „Foreign Affairs", das Publikationsorgan der Union of Democratic Control, Stellung zu dem eben perfektionierten Freundschaftsabkommen zwischen Italien und Jugoslawien. Uns erscheint der Bericht für so interessant, daß wir nicht versäumen möchten, ihm Raum zu geben. Der Berichterstatter schreibt:

Mussolinis letzte „Tat" ist eine Verbesserung seiner früheren. Der Vertrag mit Jugoslawien ist nicht nur an sich gut, weil er einen alten und bitteren Streit schlichtet. Er ist auch ein deutlicher Schlag gegen den französischen Imperialismus und ein sehr willkommener Beweis, daß die Kleine Entente nicht vollständig zu Poincares Diensten steht. Denn wir können das übliche offizielle Kommunique von Paris mit dem deutlichen Einspruch des französischen Ministers in Belgrad in Verbindung bringen. Die Unterhandlungen mit Jugoslawien wurden zweifellos, sofort als Mussolini zur Macht kam, begonnen, aber daß sie ihren Höhepunkt gerade in dem Moment erreichten, als der Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bekannt wurde, spricht Sprachen.

General Mittelhauser, der französische Chef des tschechoslowakischen Generalstabes und Organisator der tschechischen Armee (die weit stärker ist als man allgemein annimmt), hat klar in einem öffentlichen Interview gezeigt, daß die wirklichen Ergebnisse zwischen den Zeilen des Vertrages zu suchen seien und daß es töricht für Italien gewesen wäre, die Verständigung mit seinem östlichen Nachbarn zu verzögern. Italien ist nicht stark genug, um an Stelle des alten Oesterreich-Ungarn nun als wirksamen Feind die politisch homogene „Kleine Entente" zu setzen. Es braucht keine Konflikte an seinen europäischen Küsten, denn es hat seine Augen und seine Träume nach dem Mittelmeer gerichtet. Italien ist heute reif zu einem engeren Zusammenarbeiten mit England und ebenso natürlich auch Spanien. Und nicht nur Spanien; denn während Frankreich vorgibt, nur seine Sicherheit zu fordern, sucht der Rest der europäischen Kontinentalstaaten — freilich soweit sie es wagen — nach Mitteln der Sicherheit gegen den französischen Imperialismus. Aber keine solche Sicherheit kann erlangt werden, bevor der Völkerbund aufhört, die Dekrete Frankreichs einfach zu registrieren.

Das Blutbad in Pirmasens.

Paris, 21. Feber. Die „Liberté" berichtet über das Vorgehen gegen die Separatisten in Pirmasens, das nachgewiesenermaßen eine vollkommene militärische Aktion darstellt, welche in allen Einzelheiten vorbereitet und von einer Spezialstoßtruppe aus Heidelberg unter Führung eines Offiziers der Reichswehr ausgeführt worden se[illegible]

Sozialistische Arbeiter-Internationale.

Sitzung der Exekutive in Luxemburg.

Samstag, den 16. und Sonntag, den 17. Feber war in Luxemburg die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale versammelt. Anwesend waren für die englische Arbeiterpartei Allen, Cramp und Genossin Bell; für die Geschäftskommission der Internationale Abg. Wallhead; für die deutsche Sozialdemokratie Adolf Braun und Crispien; für die französische sozialistische Partei Bracke und Longuet; für Belgien Vandervelde und De Brouckere; für Oesterreich Otto Bauer; für die russischen Menschewiki Abramowitsch und Dan; für die russischen Sozialistenrevolutionäre Suchomlin und Stalinsky; für die schwedische Sozialdemokratie Branting und Moeller; für die dänische Sozialdemokratie Stauning und Andersen; für die polnische sozialistische Partei Dr. Diamant; für die tschechische Sozialdemokratie Němec und Dr. Meißner; für die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei Dr. Czech; für die tschechische sozialistische Vereinigung Bartošek; für die ungarische Sozialdemokratie Peidl; für Holland Wibaut; für Rumänien Pistiner; für Georgien Tseretelli; für Armenien Varandian; für die lettische Sozialdemokratie Zeelens.

In einer langen, sehr lebhaften, von Vandervelde (Belgien) eingeleiteten Debatte beschäftigte sich die Exekutive mit der

europäischen Lage.

Seit der Beendigung des Krieges, durch alle Phasen der bald fünfjährigen Reparationskrise hindurch, hat die Internationale immer wieder erklärt, daß das Reparationsproblem nicht durch Gewalt, sondern nur durch Verständigung gelöst werden kann. Nunmehr konnten die französischen und die belgischen Delegierten berichten, daß sich jetzt endlich auch in der französischen und belgischen Bourgeoisie, die ihre Hoffnung bisher auf die Methode der Gewalt, auf die Ultimaten und auf die Drohungen, schließlich auf die Besetzung der Ruhr gesetzt hatten, die Ueberzeugung durchringt, daß es mit der Gewalt nicht mehr geht, daß nur friedliche Verständigung zur Lösung der Reparationsfrage führen kann. Seit dem tiefen Sturz des französischen Franken und seit dem Amtsantritt der britischen Arbeiterregierung ist auch in Frankreich die allgemeine Stimmung gründlich anders geworden. Aber so erfreulich das auch ist, so mahnt doch alles, was bisher über die Ergebnisse der Sachverständigenberatungen in Berlin, die die Verständigung zwischen den Mächten vorbereiten sollen, bekannt geworden ist, zu höchster Vorsicht. Es besteht die ernste Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, wenn sie sich über die Lösung des Reparationsproblems einigen, diese Einigung auf Kosten der Arbeiterklasse suchen. Dieser neuen Gefahr gegenüber hat die Exekutive die Richtlinien ihrer Politik in einer Resolution zusammengefaßt, die von Branting (Schweden) beantragt, durch Zusätze von Otto Bauer (Oesterreich) und Zeelens (Lettland) ergänzt und schließlich einstimmig angenommen wurde. (Die von der Konferenz beschlossenen Resolutionen haben wir bereits in unserer Nummer vom 20. Feber veröffentlicht. D. Red.)

Sodann wurde die Resolution angenommen, welche die nächsten konkreten Aufgaben der Internationale im

Kampf um den Achtstundentag

umschreibt.

Die Exekutive beschloß sodann, nach einem Referat Friedrich Adlers, anläßlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Kriegserklärung, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Internationalen sozialistischen Jugendorganisation eine

internationale Kundgebung gegen den Krieg

zu veranstalten. Ueber die Durchführung werden sich die internationalen Sekretäre miteinander verständigen.

Sodann wendet sich die Exekutive der Beratung der

russischen Probleme

zu, die mit einem Referat Abramowitschs eingeleitet wurde. Die Resolution, die beschlossen wurde, verlangt, daß die völkerrechtliche Anerkennung Rußlands, auf die die sozialistischen Parteien überall zu dringen haben, an keine reaktionären und an keine das russische Volk fremder Ausbeutung unterwerfenden Bedingungen geknüpft werde; sie fordert andererseits, unter dem tiefen Eindruck der Berichte von Abramowitsch (Menschewiki) und Tseretellis (Georgien) über die Verfolgungen der Sozialisten in der Sowjetunion, alle sozialistischen Parteien zu energischem Protest gegen den bolschewikischen Terror und zur Unterstützung seiner Opfer auf.

Die Exekutive beschäftigt sich sodann mit den besonderen

politischen Problemen anderer Länder.

So beschloß sie einen von Longuet und Bracke (Frankreich) beantragte Resolution, die gegen die Unterstützung des

weißen Terrors in Ungarn

durch einige Regierungen der kapitalistischen Mächte protestiert. Die Resolution lautet.

Die Exekutive erinnert an den Beschluß, den der Hamburger Kongreß in der ungarischen Frage gefaßt hat und erhebt neuerlich den allerschärfsten Protest dagegen, daß immer noch einige Regierungen das herrschende Regime in Ungarn unterstützen und beschützen, wo viereinhalb Jahre nach dem Sturz der Räteregierung immer noch das Regime des konterrevolutionären Terrors fortdauert. In dem Augenblick, in dem die internationale Hochfinanz sich anschickt, durch ihre Kredite das konterrevolutionäre Regime in Ungarn zu stützen, fordert die Exekutive alle angeschlossenen Parteien auf, ihre Anstrengungen zum Schutze der Demokratie und der Arbeiterklasse zu verstärken.

Die Exekutive hörte einen Bericht über die

Verhältnisse in Bulgarien

und beschloß, die Genossen Friedrich Adler und Tseretelli zu einer für den 11. März in Bukarest in Aussicht genommenen Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer zu delegieren, um nähere Erhebungen über die Politik der bulgarischen Sozialdemokratie zu pflegen. Sie nahm den Bericht der zur Prüfung der

Parteiverhältnisse in der Tschechoslowakei

eingesetzten Kommission zur Kenntnis und beschloß, die weitere Entwicklung der Parteiverhältnisse in der Tschechoslowakei wachsam zu verfolgen und eine weitere Initiative zur engeren Verbindung der sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei dann zu ergreifen, wenn größere soziale Kämpfe oder internationale Ereignisse die Arbeiter der verschiedenen Nationen in

Der Holzplatz.

Weit draußen am Rande der Stadt liegt der Holzplatz, auf dem eine Großfirma Holz und Kohlen verkauft und auch die Brennstoffe ausgibt, die die Gemeinde Wien für ihre Pfründner und sonstigen Hilfsbedürftigen bezieht. Der Kahlenberg und der Herrmannskogel grüßt freundlich herunter und der weite freie Blick über die Schneelandschaft kann jedes Malerauge entzücken. Aber die Besucher des Holzplatzes sehen nicht auf die Herrlichkeit des glitzernden Schneefeldes und wenn einer von ihnen das freie Land überhaupt der Beachtung würdigt, dann ist es sicherlich ein altes Weiblein, das seufzt: Heut zieht's aber wieder einmal herunter vom Kahlenberg — —. Und ein Altersgenosse antwortet, während er sich den Mantelkragen an die Ohrläppchen drückt: „Das is heuer a Winterl, das is auch — —."

Der harte Winter ist für die Alten die schlimmste Strafe. Jeder Einzelne versichert immer wieder, daß hungern lange nicht so weh tut wie frieren und um die „Kohlenzettel", die die Gemeinde an ihre Pfründner und sonstigen Hilfsbedürftigen verteilt, gibt es einen wahren Sturm. Wenn sie dann zum Kassenhäuschen am Eingang des Holzplatzes kommen, bedarf es immer einer ganzen Weile, ehe der kostbare Zettel aus seinen Umhüllungen geschält wird. Lächelnd sieht die junge Beamtin zu, wie zittrige Greisenhände erst eine zerfetzte Brieftasche aus einem Taschentuch holen und ihr dann den Kohlenschein vorsichtig entnehmen, als könnte er Schaden leiden durch rauhe Behandlung. Da kommt ein kleines, zittriges Männlein mit einem über und über geflickten Sack in der Hand. Auf der braunledernen Brieftasche steht mit halbverwischten Goldbuchstaben: Prosit Neujahr 1892! und der Name eines Kaffeehauses. Am fröhlichen Silvesterabend 1921 hat der Mann wohl auch nicht daran gedacht, daß einmal ein Schein auf unentgeltlichen Kohlenbezug in der Brieftasche sein kostbarstes Gut sein würde. Er ist Schuster von Beruf, war lange, lange Jahre Geselle, bis er sich endlich eine kleine Werkstätte mieten und eine Flickschusterei beginnen konnte. Damit ging es wieder eine gute Weile — bis der Star kam und seine Augen trübe wurden. Unwiderleglich beweist er der freundlichen Angestellten, daß er eigentlich noch sehr gut arbeiten könne und es der reine Zufall gewesen sei, wenn er sich mit dem Schusterhammer auf die Finger geschlagen und sich die Ahle in die Hand gestoßen habe. Die Leute seien nur „so kapriziert" und wollten sich mit seiner Arbeit nicht zufrieden geben. Wie er denn die Kohle heim zu befördern gedenke, will die Frau wissen. Aber da richtet sich das Männlein auf, so gut es nur geht: „I hab meine hundert g'hoben", zetert er, „glauben S', i wer' mit zwanz'g Kilo net weiter kommen?" Und etwas kleinlaut setzt er hinzu: „Wann's net geht, kann i ja ausrasten." Er hat wohl des öfteren gerastet auf dem Heimweg, der gute Vater Heinzberger.

Viel besser hat sich die große knochige Frau, die nach dem Alten kommt, ausgerüstet. Sie zieht einen Kinderwagen hinter sich drein, in dem ein Kistchen steht. Das blondschopfige Bübchen, das neben dem Wagen hertrabt, hält mit großem Stolz einen Sack zum Schalter hinauf. „Da kommen die Kohlen 'nein" verkündigt er und ergänzt seine Mitteilung noch durch die Bemerkung: „Die Großmutter hat g'sagt, wir sollen nur aufpassen, daß s' uns mit 'm G'wicht net anschmieren." Auch die Mutter, eine gesprächige Tschechin, ist sehr geneigt, Bericht zu erstatten. In zwei Minuten kennt die ganze Umgebung ihre Lebensgeschichte. Mit zwölf Jahren ist sie „in Dienst" gegangen, hat gearbeitet für Fremde, sich gerackert und müdegeplagt für Fremde. Dann fand sich ein Mann, der sie heiraten wollte, von ihren Ersparnissen wurde der Hausrat angeschafft, die notwendigste Wäsche. Nun ging die Plage von neuem los. Die Kinder kamen und brachten ihren „Heuwagen voll Arbeit" mit. Vierzehn Tage bevor der dritte Bub einlangte, mußte der Vater auf die psychiatrische Klinik gebracht werden. Syphilis — progressive Paralyse. Die Frau verstand die Fremdwörter nicht. Aber daß der Arzt „unheilbar" gesagt hatte, das hatte sie sehr wohl verstanden. Sie nahm die alte Mutter ins Haus und geht „ins Waschen". Das soll sie zwar nicht, denn sie hat eine kranke Lunge. Aber die Buben wollen essen und die Mutter kann man auch nicht verhungern lassen. Also hat ein neuer Abschnitt der Plage angefangen und der wird dauern, so lange die Frau noch aufrecht stehen und die Hände rühren kann. Sie wird kämpfen bis zum Aeußersten, das ist sicher. Aber während sie den Kohlensack schultert um ihn zum Kinderwagen zu schleppen, sagt sie in ihrem gebrochenen Deutsch halb für sich, halb für die anderen: „Wenn mich jetzt mein Mann sehen könnt', wie ich mir Armenkohle nach Haus trag' — —." Und zwei Tränen liefen über die hageren Wangen.

Von einem kleinen Mädchen wird ein stämmiger Mann geführt, ein Kriegsblinder. Verlegen bleibt er stehen und läßt die Kleine den Zettel herausfischen und vorweisen. Die Qual steht dem Mann auf dem Gesicht geschrieben. Er kann sich noch immer nicht an seine Hilflosigkeit gewöhnen und er kann sich nicht daran gewöhnen, daß er Almosen annehmen muß. Trotzdem lächelt er, als die Formalitäten erledigt sind und man ihm den Sack auf den Rücken legt. Mitleidig fragt ihn eine Frau, ob ihm die Last auch nicht zu schwer sein werde. „Ich bin ja gesund", antwortet der Blinde und seine tiefe Stimme zittert, „gesund und stark. Ich kann hundert Jahr alt werden, hat der Doktor gesagt." Es wäre vielleicht für manchen Kriegshetzer gut zu hören, wie der Blinde diese, sonst so glückverheißende Vorhersage ausspricht.

Die sonderbarsten Behälter und Gefährte erscheinen auf dem Holzplatz. Zwei Frauen kommen mit einem Riesenwäschekorb, eine hinkende Alte mit einem verbeulten Blechtopf, ein Bub bündelt die Kohle in zwei Tücher ein, bindet einen Strick an und hängt das eine sich, das anderen dem kleineren Bruder auf den Rücken. Spielzeugkarren fahren vor und ein Alter kommt gar mit einem Handwagen daher, den er sich von einem befreundeten Tischler ausgeliehen hat. Da das Säckchen mit den zwanzig Kilogramm Kohle allzu einsam aussieht, werden noch zwei Kinder aufgeladen, die ihrer Genugtuung über die unerwartete Spazierfahrt stürmischen Ausdruck verleihen, denn sie schreien unaufhörlich: hüh, hüh! und bemühen sich das „Pferd" zu lebhafter Gangart anzufeuern.

Die Gäste des Holzplatzes sind überhaupt in fröhlicher Laune, wenn sie heimgehen. Da trippeln alle Leutchen, unter der Last gebückt, vorsichtig des Weges und ein Arbeitsloser, der für seine kranke Frau Kohlen nach Hause trägt, sagt während er den Rucksack aufhebt: „Jetzt braucht meine Alte sich doch nicht so vor der nächsten Woche zu fürchten." Und der Alte neben ihm meint im unverfälschten Wienerisch: „Den Winter, den soll der Teufel holen! Auf uns hat der liebe Herrgott aa net denkt, wiar a den ausdenkt hat."

Die anderen nicken. Der liebe Gott ist ein feiner Herr, der denkt nicht immer an die Sorgen der kleinen Leute. Vielleicht sollte er aber doch einmal auf den Holzplatz am Fuß des Kahlenberg hinuntersehen.

Klemens Mautner.

der Tschechoslowakei tatsächlich auf eine gemeinsame Linie bringen.

Die Exekutive hatte sich aber nicht nur mit den aktuellen politischen Problemen, sondern auch mit wichtigen

organisatorischen Fragen

zu beschäftigen. Sie beschloß, den Sekretär Tom Shaw, der in die englische Regierung eingetreten ist, bis zur nächsten Tagung der Exekutive zu beurlauben und während seiner Verhinderung die Führung der Sekretariatsgeschäfte Friedrich Adler allein zu übertragen. Da nach den Statuten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Regierungsmitglieder während der Dauer ihrer Ministerschaft nicht der Exekutive und sinngemäß auch nicht der Geschäftskommission der Internationale angehören können, mußten infolge des Eintritts von einigen Mitgliedern der Exekutive beziehungsweise der Geschäftskommission in die englische Regierung fünf Neuwahlen vorgenommen werden. Die englischen Genossen hatten an Stelle der ausgeschiedenen Exekutivmitglieder Henderson, Macdonald, Thomas die Genossen Cramp, Cameron und Allen in die Exekutive gewählt. Als Kassier wurde an Stelle des zum englischen Transportminister ernannten Genossen Gosling der Genosse Wallhead gewählt. Außer diesen vier Genossen gehören der Genossenschaftskommission in Zukunft Genossin Bell und die Genossen Brailsford und C. R. Buxton an. Von einzelnen Parteien des Kontinents war die Frage der Verlegung des Sitzes des Sekretariats auf den Kontinent aufgeworfen worden. Die Exekutive beschloß, diese Frage in ihrer nächsten Sitzung zu entscheiden.

Nach einem ausführlichen Bericht Adlers über die finanzielle Situation der S. A. J. wurde der von der Geschäftskommission vorgeschlagene Zusatzbeitrag von sechs Pfund pro Kongreßstimme vorläufig für ein Jahr einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Exekutive beschäftigte sich auch mit den Beziehungen der S. A. J. zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zu der Internationale der Genossenschaften. Sie stimmt der Anregung des J. G. B. zu, die engere Fühlung zwischen den drei Internationalen durch ein Komitee, in dem jede derselben durch zwei Mitglieder vertreten sein soll, herzustellen. Die Exekutive beauftragte die Genossen Friedrich Adler und Cramp (England) mit den Vorverhandlungen und bestimmte sie als ihre Vertreter, wenn ein gemeinsames Komitee zustandekommen wird. Der J. G. B. hat Mertens (Belgien) und Oudegeest (Holland), die Genossenschaftsinternationale Poisson (Frankreich) und May (England) nominiert.

Die Exekutive beschloß, den Genossen Crispien (Deutschland) mit ihrer Vertretung bei der Exekutive der Sozialistischen Jugendinternationale zu betrauen und dieser eine Vertretung in der Exekutive der S. A. J. einzuräumen. Ebenso wurde beschlossen, daß die österreichische Partei ersucht wird, einen Vertreter bei der neugegründeten Internationale sozialistischer Erziehungsorganisationen, die ihren Sitz in Wien hat, als Vertreter der Internationale zu bestimmen.

Die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Hamburg hatte den Wunsch ausgesprochen, daß eine Vertretung ihres Bureaus den Sitzungen der Exekutive der S. A. J. zugezogen werde, damit die besonderen Aufgaben der internationalen Frauenbewegung mit der Exekutive erledigt werden können. Die Exekutive beschloß, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, so daß zu künftigen Sitzungen der Exekutive eine Vertreterin dieses Komitees eingeladen wird.

Aus dem Bericht über die organisatorische Lage der Internationale, den Sekretär Adler erstattete, geht hervor, daß gegenwärtig der Internationale 46 Parteien angeschlossen sind (neuangemeldet hatten sich drei Parteien, darunter die sozialistische Partei Argentiniens), die eine Gesamtmitgliederzahl von mehr als sieben Millionen besitzen.

Die nächste Sitzung der Exekutive findet gleichzeitig mit dem internationalen Gewerkschaftskongreß Anfang Juni in Wien statt.

Der Vorsitzende Vandervelde schloß die Beratungen mit dem herzlichsten Dank für die Luxemburger Genossen, die technischen Vorbereitungen der Konferenz in vorzüglichster Weise getroffen hatten, sowie an die Mitarbeiter des Sekretariats.

Telegramme.

Bayrische Landtagswahlen: 6. April.

München, 21. Feber. (Eigenbericht.) Im bayrischen Landtag wurde heute ein gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien angenommen, wonach der bayrische Landtag am 5. April aufgelöst und am 6. April neu gewählt werden soll. Durch diese Fassung wird erreicht, daß der Landtag zwar seine Vertretungen bereits einstellt, hingegen noch als de jure in Funktion gilt. Die Publikation der Regierungsverordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit in Bayern steht unmittelbar bevor. Das Verbot der deutschvölkischen und der kommunistischen Partei wird zwar nicht aufgehoben werden, es wird aber auch für diese Parteien wie für alle anderen Versammlungs- und Pressefreiheit wieder eingeführt werden.

„Reichskanzler a. D." Ludendorff.

Berlin, 21. Feber. (Eigenbericht.) Die „Augsburger Tageszeitung" veröffentlicht interessante Enthüllungen über die Verhandlungen, die Ludendorff bereits im Jahre 1922 in Augsburg mit den Vertretern Ungarns und Rumäniens geführt hat. Besonders kompromittiert wird durch diese Enthüllungen der rumänische General Averescu, mit dem Ludendorff schon als kommender Reichskanzler damals politische Abmachungen besprochen hat. Das Blatt weist darauf hin, daß schon im Jahre 1922 Ludendorff bei diesen Verhandlungen davon gesprochen habe, er werde spätestens im Dezember 1923 deutscher Reichskanzler sein.

Die Franzosen verhaften und provozieren.

Kaiserslautern, 21. Feber. (Wolff.) Hier wurden elf Polizeibeamte und der Direktor der Lehrerbildungsanstalt verhaftet. Die deutsche Polizei wurde vom Dienste suspendiert. Die Waffen, mit Ausnahme der Säbel, wurde ihr abgenommen. Die deutschen Schutzleute müssen zusammen mit französischen Soldaten Patrouillengänge machen.

Der Wiener Bankangestelltenstreik

Freitag Einigungsverhandlungen. — Verschleppungsversuche der Unternehmer.

Wien, 21. Feber. (Eigenbericht.) Heute nachmittags begab sich ein engeres Komitee der streikenden Bankbeamten zum Bundeskanzler und legte ihm neuerlich die Streitpunkte auseinander. Heute Abend sind die Vertreter der Banken beim Bundeskanzler erschienen. Gemeinsame Besprechungen sollen erst morgen vormittags unter Vorsitz des Bundeskanzlers stattfinden. Der Bankenverband hat dem Bundeskanzler zugesagt, daß er während der Streikdauer weder die vertraglich angestellten Beamten kündigen, noch mit Maßnahmen gegen die Prokuristen, die sich am Streike beteiligen vorgehen werde.

Die Banken hatten den Prokuristen den heutigen Tag als Stichtag angegeben, an welchem sie die Rückkehr in den Dienst von ihnen verlangten. Trotzdem sind die Prokuristen heute von der Arbeit weiter ferngeblieben, ja es haben sich sogar von den wenigen Prokuristen, die Streikbrecherdienste geleistet haben, ein Teil dem Streik angeschlossen, so z. B. die Prokuristen der „Allgemeinen Industrialbank", die sich dem Streikkomitee heute zur Verfügung gestellt haben. Bloß bei der „völkischen" Zentralbank der deutschen Sparkassen arbeiten sechs Prokuristen. Sonst gibt es bei den Wiener Banken nur ganz vereinzelt Streikbrecher.

Die Unternehmer haben die Absicht, die Verhandlungen über den 1. März hinaus zu verschleppen, weil sie hoffen, daß die Bankbeamten dann leichter zur Nachgiebigkeit gezwungen werden können. Es ist aber, wie Abgeordneter Genosse Allina heute in einer Versammlung der streikenden Beamten mitteilte, alles vorgesorgt, daß die Angestellten auch diesem Termin mit Ruhe entgegensehen können. In der Versammlung erklärte Allina weiter, daß die Bankbeamten eine Verlängerung der Arbeitszeit und der Zweiteilung der Kassastunden unter keinen Umständen zustimmen werden. Eine Erhöhung der Bezüge müsse gleichfalls durchgesetzt werden, außerdem müsse der Kollektiv-Vertrag für die Angestellten der Nationalbank gesichert werden. Bevor diese Forderung nicht durchgesetzt werden, sei ein Friedensschluß nicht möglich.

Die Arbeiterregierung am Werke.

London, 21. Feber. (A. R.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stand im Vordergrunde des Interesses die Frage der Pensionen für Mütter und Witwen mit Kindern, deren Ernährer verdienstunfähig geworden sind. Die Pensionen sollen von der Staatskasse ausgezahlt und von einem besonderen Ausschusse verwaltet werden, unabhängig von dem Armengesetz. Der Schatzkanzler Snowden erklärte, die Regierung habe in dieser Angelegenheit Untersuchungen angestellt. Der Minister hofft, bald einen detaillierten praktischen Plan vorlegen zu können.

Fadenscheiniger Patriotismus.

Nicht der Staat, das Privatkapital muß verdienen!

Paris, 21. Feber. Die Kammer setzte heute die Debatte über die Finanzprojekte fort. Der sozialistische Abgeordnete Uhry verteidigte einen Antrag auf Abtrennung des Artikels 36, der die Abschaffung des Zündholzmonopols vorsieht. Der Redner griff den Finanzminister und die Regierung an, daß sie nichts unternommen haben, um die heimische Erzeugung zu vervollkommnen und das Monopol zu industrialisieren. Uhry wurde vom Abg. Margaine unterstützt, der erklärte, daß durch die Abschaffung des Monopols in Wirklichkeit die Bildung eines Privatmonopols zum Nachteile der Verbraucher begründet würde.

Der Finanzminister legte dar, daß eine Reorganisation Erzeugung einen Aufwand von 25 Millionen bedeuten würde. Er erklärte, daß er den Einfuhrzoll für fremde Zündhölzchen, der 12 Frank pro eine Million Stück beträgt, nicht erhöhen werde, damit die eingeführte Ware auf den heimischen Markt regulierend einwirken könne. Der Minister stellte die Vertrauensfrage betreffend die Abtrennung des Artikels 36, die mit 365 gegen 180 Stimmen abgelehnt wurde.

Der Kommunist Lafont beantragte die Schaffung eines Monopols für die Petroleumeinfuhr. Abg. Klotz verlangte die Zuweisung dieses Antrages an die Kommission, wogegen Bokanowski Protest erhob. Der Finanzminister stellte die Vertrauensfrage betreffend die Zuweisung an die Kommission. Diese wurde mit 387 gegen 178 Stimmen abgelehnt, worauf Lafont seinen Antrag zurückzog.

Italien führt Krieg gegen seine Staatsbürger.

Benghasi, 20. Feber. (ASJ.) In den letzten Wochen haben italienische Abteilungen bei ihrem Vormarsche auf der Ebene von Cyrenaika und südlich von Benghasie einige Siege über Eingeborenenbanden errungen, welche erhebliche Verluste hatten und 300 Tote außer einer Menge von Waffen und Vieh zurückließen. Die Verluste der Italiener beziffern sich bloß auf fünf Tote und einige Verwundete.

Vertrauen und Ohrfeigen für Bethlen.

Von 245 Abgeordneten stimmen 95 für die Regierung.

Budapest, 21. Feber. (Eigenbericht.) Die heutige Sitzung der Nationalversammlung beschloß ein Vertrauensvotum für die Regierung. In Wirklichkeit ist dieses Vertrauensvotum aber eine ganz offenkundige Bekundung des Mißtrauens, denn von 245 Abgeordneten der Nationalversammlung waren bloß 132 anwesend und von diesen stimmten 95 für die Regierung.

Den Anlaß zu diesem sogenannten Vertrauensvotum gab eine dringliche Anfrage eines Mitgliedes der Regierungspartei, weshalb die von dem früheren Finanzminister Kallay unterbreiteten Gesetzentwürfe im Verordnungswege ins Leben gerufen wurden. Der Interpellant, Abgeordneter Perke, beschimpfte die Sozialdemokraten, wobei es zu stürmischen Szenen kam. Er sagte nämlich, die Sozialdemokraten seien Schakale, die aus Tartarennachrichten politischen Nutzen ziehen. Der Abgeordnete Estergalose rief dazwischen, daß Perke ein niederträchtiger Verleumder sei und die Regierungspartei sei eine Partei der Börse. Es entstand ein fürchterlicher Lärm und zwei Abgeordnete der Regierungspartei stürzten sich auf Estergalose, wurden aber von anderen Sozialdemokraten zurückgedrängt. Zum Schlusse der Sitzung wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten Estergalose und Reisinger wegen ihrer Zwischenrufe vor den Immunitätsausschuß verwiesen.

Wieder ein ungarischer Minister zurückgetreten.

Budapest, 21. Feber. Das „Magyar Tavirati Iroda" meldet: Justizminister Dr. Emil Nagy hat gestern spät abends dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht, der hievon heute vormittags dem Reichsverweser Bericht erstattete. Der Reichsverweser hat die Demission angenommen. (Nagy hat Dienstag in Budapest eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er sich gegen den Gesetzentwurf betreffend die Zwangsanleihe zur Rettung der Krone wandte. Er hatte führte Nagy aus, die internationale Anleihe überhaupt für überflüssig und sehe den besten Weg, das Land zu retten, darin, den zehntausend reichsten Ungarn eine Sondersteuer von 200 Millionen Goldkronen aufzuerlegen. Solche revolutionäre Forderungen dürfen freilich in Horthy-Ungarn nicht ungeahndet erhoben werden. Wer sich vermißt, im Revier der ungarischen Oligarchie zu pürschen, bleibt selber auf der Strecke. Die Red.)

Politische Wohltätigkeit.

Moskau, 21. Feber. (AR.) Der Zentralvollzugsausschuß der S. S. S. R. ist der Ansicht, daß die den Opfern der japanischen Erdbebenkatastrophe geleistete Hilfe infolge des zwischen Sowjet-Rußland und Japan gegenwärtig bestehenden Verhältnisses undurchführbar ist. Der Vollzugsausschuß beschloß demnach, die Tätigkeit der Kommission einzustellen und die Kommission aus Japan abzuberufen.

Die drei Hähne.

Bevor Sokrates hingerichtet wurde, opferte er dem Aeskulap einen Hahn. Nicht von drei solchen Hähnen ist hier die Rede, aber von einer Hinrichtung.

Eine Hinrichtung ist etwas moralisch Erhabenes, aber keiner mag gern damit zu tun haben. Der Henker mit der Schlinge oder dem Beil ist ein staatlich approbierter Ehrenmann, aber es graut jedem vor ihm. In Amerika hat man ihn längst durch den Techniker ersetzt, der einen elektrischen Kontakt einschaltet. Dennoch —

Die Hinrichtungen auf dem elektrischen Stuhl sollen schmerzlos sein. Es hat es aber noch keine Gerichtsperson probiert. Ein letzter Zweifel blieb, und so sah man sich, man wird immer humaner, nach einer noch milderen Todesart um. Unlängst, im Krieg, war es süß und ehrenvoll, durch Giftgase zu sterben. Man beschloß, nicht wegen der Ehre, sondern wegen der Süße, verurteilte Verbrecher durch Giftgase hinzurichten.

Der erste Versuch wurde neulich zu Casson City gemacht, im Staate Nevada. Ein Chinese namens Liyang hatte jemand ermordet. Er mußte dafür sterben, weil die Menschen so gerecht sind. Weil sie aber so gut sind, sollte er sanft sterben, einen lieben Tod, nach bitteren Mandeln duftend. Kurz, man beschloß, ihn in Blausäuregas zu ersticken und ein distinguiertes Publikum dazu einzuladen.

Es wurde so gemacht: Man bereitete eine humane und komfortable Armsünderzelle vor, mit einem Gasrohr. Das distinguierte Publikum, Aerzte, Reporter und Honoratioren, blieb wohlweislich draußen und sah durch ein gut geschlossenes Fenster in die Zelle. Jetzt brachten drei Gefangenenwärter den Chinesen Liyang in die Zelle. Er war sehr ruhig. Die drei Wärter waren sehr aufgeregt. Sie fesselten ihn an eine metallene Bank. Das war kein Henkersdienst nicht? Gefangene zu fesseln, fällt in die Kompetenz von Gefangenenwärtern.

Dann gingen sie hinaus, machten eine hermetisch schließende Tür zu. In der Zelle lag Liyang und wartete. Er war nur ein Chinese. Das weiße und distinguierte Publikum drängte sich draußen und drückte seine Nasen an dem Fenster platt. Die Reporter beobachteten alles; nie hat ein Kriegsberichterstatter einen Gasangriff so gut gesehen.

Die drei Gefangenenwärter aber führte man feierlich zu einer Stelle, wo drei Hähne waren. Nicht drei Kikerikihähne, sondern drei Gashähne.

Man hatte drei Gashähne eingerichtet, aber nur einer öffnete wirklich das verhängnisvolle Gasrohr. Nur der Monteur, der die Hähne angebracht hatte, wußte, welcher der richtige war. Von den drei Gefangenenwärtern, die die Hähne öffneten, konnte jeder hoffen, kein Henker gewesen zu sein, und in der Nacht ruhig schlafen, ohne böse Träume.

Uebrigens, nebenbei, Liyang war gleich mausetot. Die Aerzte waren mit dem Befund recht zufrieden, aber man muß es noch ein paar Dutzend Mal probieren, ehe sie endgültig sagen können, ob das wirklich die wonnigste Art von Exekution ist, die menschliche Bruderliebe erfinden kann.

Arnold Höllriegel.

Tages-Neuigkeiten.

Trauer um Ludendorff und nationaler „Sozialismus".

Der Duzer „Tag" trauert. Und zwar deshalb, weil General Ludendorff wegen Teilnahme an der Münchner Hanswurstiade unter Anklage gestellt, nunmehr auf der Anklagebank erscheinen soll. In der Tat: wenn man die Taten dieses „Helden" vom Umsturz an gerechnet untersucht und insbesondere jene, wegen der er nunmehr angeklagt ist, so weiß man wirklich nicht, ob er vor ein Strafgericht gehört, oder ob es nicht besser wäre, ihn in einer Anstalt für Schwachsinnige unterzubringen. Da er aber von seiner Zurechnungsfähigkeit selber felsenfest überzeugt ist, zudem auch seine Geistesgegenwart, mit der er als Lindström mit blauer Brille nach dem Zusammenbruch verduftete, an den Tag legte, muß man doch annehmen, daß er nicht gar so unintelligent ist, wie allgemein angenommen wird.

Es gibt nun Leute, die es nicht begreifen können, daß Schandtaten, die im Zeichen des Hakenkreuzes und das gefüllten Maßkruges begangen wurden, nicht ein „völkischer Akt", sondern Verbrechen sind und als solche verfolgt werden können und müssen. Zu diesen Leuten gehören jedenfalls, auch die Schreiber des Duzer „Tag". Dieses Blatt druckt nämlich in seiner Dienstagnummer einen „Aufruf" eines gewissen Dr. Robert Bandorf ab, aus dessen Inhalt wir einige Stellen wiedergeben. So heißt es dort:

„Wahr ist es geworden, was man nicht glauben konnte: Ludendorff ist angeklagt und soll auf der Anklagebank sitzen!" (Als ob er nicht längst schon dahin gehört hätte. D. Red.)

„Hindenburg, du getreuer Eckart des deutschen Volkes, du greiser Feldmarschall, der, als unser Kaiser von seinem Volke ging, bei uns blieb und uns heimführte; kannst du schweigen dazu, daß Ludendorff, dein alter ego, dein Schlachtenberater, auf der Anklagebank sitzen soll, angeklagt, gegen das Wohl seines Vaterlandes gehandelt zu haben?" —

„Getreuer Eckart" . . . „uns heimführte" . . das klingt wirklich schön. Doch es kommt noch besser:

Ihr hunderttausend deutschen Offiziere die ihr vier lange Jahre hindurch das deutsche Volk in Waffen geführt und die gewaltigen, überragenden Schlachtenpläne eines Ludendorff zur Tat vollbrachtet, könnt ihr den Gedanken ertragen, daß dieser Mann auf der Anklagebank sitzen soll; nicht herbeigeschleppt von unseren Feinden, nein, nein, vom eigenen Volk!

Die deutschen Offiziere, an die sich Bandorf wendet, sind in ihrer Mehrzahl die würdigsten Schüler ihres Herrn und Meisters: Aber sie werden schließlich froh sein, daß sie nicht an seiner Seite sitzen, wohin sie eigentlich gehören.

Doch Bandorf ist frech: er leistet sich schließlich folgendes:

„Ihr Feldsoldaten im schlichten grauen Waffenkleid, hört mich: Der Feldherr, der mit euch die unsagbare Heldentat der zwei Masurenschlachten getan und Deutschland, euer Haus und Feld, euer Weib und Kind zum erstenmal rettete;

Ihr schlesische Landwehr, ihr preußischen Grenadiere, hört mich: Der Feldherr, der mit euch gen Warschau vorstürmte, dann euch in martervollen Märschen durch ganz Polen zurückführte, um im genialen Flankenangriff von Thorn heraus die übermächtigen russischen Heeresmassen zu zermalmen und Deutschland zum zweitenmal zu retten."

Vor den Frontsoldaten im grauen Waffenrock ist der „geniale Feldherr" bekanntlich ausgerissen, nachdem er sie zwar nicht zum ersten- und nicht zum zweitenmale gerettet, wohl aber hundertemale in immer neues Grauen und Elend getrieben hatte.

Die Wiedergabe dieser Stellen aus dem im Zentralorgane der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei" veröffentlichten Aufrufe genügen, um zu beweisen, von welcher Art der „Sozialismus" dieser chauvinistischen und Massenmörder verehrenden Gesellen ist.

Einziehung der Zehnheller-Münzen. Zu der Frage der Einziehung der restlichen alten österreichischen Nickelmünzen zu zehn Hellern und der alten zwei Heller- und ein Heller-Stücke wird offiziös mitgeteilt: Die Einziehung der österreichischen Münzen, die noch im Umlauf sind, wird erfolgen, wenn die erforderliche Menge neuer Münzen im Umlaufe ist oder in den Umlauf gesetzt werden kann. Es läßt sich vorläufig weder der Zeitpunkt der Einziehung noch die notwendige Menge des neuen Kleingeldes angeben. Es wäre also falsch, einfach aus der Verhältniszahl der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft gegenüber der Oesterreichs multipliziert mit der Zahl sieben, die sich aus der gesunkenen Währungskraft ergibt, die Höhe der notwendigen Kleingeldmenge bestimmen zu wollen. Sicher ist nur, daß mit Ende des Jahres 1924 wohl sämtliche alte österreichischen Geldmünzen aus dem Verkehre gezogen und nach und nach durch neues Kleingeld ersetzt sein werden. Ebenso steht fest, daß an eine Devalvation, wie sie anläßlich der Einziehung der 20 Heller-Stücke zum ersten und letzten Male praktiziert wurde, unter keinen Umständen gedacht ist.

Rieseninvestitionsanleihe der Gemeinde Prag. Von einer besonderen städtischen Kommission wurde ein großes Investitionsprogramm für die Stadt Prag ausgearbeitet, das einen Aufwand von beinahe fünf Milliarden Kronen aufweist. In dem Programme sind die Kosten nach den einzelnen Ressorts folgendermaßen aufgeteilt: Kommunikationen und Pflaster 615 Millionen, Kanalisierung 696 Millionen, Brücken- und Wasserbauten 276½ Millionen, Wasserwerk- und Wasserleitungen 420 Millionen, Stadtreinigung 39 Millionen, Feuersicherheit, öffentliche Straßen- und Turmuhren neun Millionen, Parkwesen 85 Millionen, soziale und humanitäre Einrichtungen 204 Millionen, sanitäre Einrichtungen 162 Millionen, Unterricht und Kultur 454½ Millionen, Gemeinde-Erdarbeiten 187½ Millionen, kleine Gemeindeunternehmungen 356 Millionen, Elektrische Unternehmungen 916½ Millionen, Gaswerk, abgesehen von der neuen Gasanstalt in Michle, 20 Millionen, öffentliche Beleuchtung 30 Millionen, Regulierung und Assanierung der Stadt 190 Millionen, Bau von Nothäusern 31 Millionen, Verschiedene 138½ Millionen. Dieses Programm wird nach den Behandlungen in den einzelnen Kommissionen dem Präsidenten der Republik vorgelegt werden. Mit der Regierung wird die Stadt allem Anscheine nach bezüglich einer regelmäßigen jährlichen Subvention verhandeln. Wie die „Lidové Noviny" melden, stellt sich die Stadt die Erfüllung dieses Riesenprogrammes so vor, daß sie im Auslande eine neue Investitionsanleihe aufnehmen würde, zu deren Verzinsung und Amortisierung zum großen Teile eben die staatliche Dotation beitragen würde.

Wohlfahrts-Effekten Lotterie. Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: 150.000 Kronen bar oder eine vollständige Zwei-Wohnzimmer- und Küchen-Einrichtung ist der erste Haupttreffer der Wohlfahrts-Effekten-Lotterie der Deutschen Landes-Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Reichenberg (Waldzeile 14.) Weitere Treffer sind: ein Konzertflügel im Werte von 30.000 Kronen, eine Heirats-Wäscheausstattung im Werte von 20.000 Kronen, Herren- oder Damenbekleidung nach freier Wahl des Zweckes, Wert 5000 Kronen, ein Fahrrad, eine Nähmaschine, eine Wintersportausrüstung und 2179 sonstige Wert- und Gebrauchsgegenstände. Preis eines Loses, erhältlich bei der Deutschen Landeskommission und den Bezirksjugendfürsorgen fünf Kronen. Ziehung: 29. Feber 1924.

500 Reichsdeutsche nach Preßburg. Wie aus Preßburg gemeldet wird, werden von 4500 deutschen Kindern, die mit Zustimmung der Regierung in nächster Zeit in die Tschechoslowakische Republik werden gesendet werden, 500 bei Arbeiterfamilien in Preßburg untergebracht werden.

Strafanzeigen wegen mangelnden Gewichtes bei Kohlenfuhren. Bei der neuerdings vorgenommenen Revision der Kohlenfuhren durch Organe des Prager Wucheramtes wurde bei zirka 17 Fuhren ein Manko von 30 bis 100 Kilo festgestellt und in allen Fällen die Strafanzeigen erstattet. Einige Kohlenfuhren hatten infolge der strengen Kontrolle der letzten Tage mehr verladen, als in der Rechnung verzeichnet war.

Selbstmord eines greisen Ehepaares. Der 65jährige Architekt Peherodorfer in Reichenberg tötete seine 71jährige Gattin Josefa durch einen Schuß in die rechte Schläfe und entleibte sich sodann durch einen Schuß in die Herzensgegend. Materielle Sorgen haben das greise Ehepaar in den Tod getrieben.

Seine Frau erschossen. Der Likörhändler Josef Svorc in Böhm.-Skalitz geriet dieser Tage mit seiner Frau in einen Streit, in dessen Verlauf er einen Revolver zog und einen Schuß auf sie abgab, der die Frau sofort tötete. Svorc wurde verhaftet.

Im Walde erfroren. Der Schuhmacher Josef Reichmann aus Quinau im Erzgebirge ging dieser Tage mit seiner Frau nach Görkau, um Leder einzukaufen. Während er seine Frau nach Erledigung seiner Besorgungen nach Hause schickte, trat er später den Heimweg an, mußte sich jedoch infolge Ermüdung im Walde zwischen Teltsch und Quinau niedersetzen und ausruhen. Hiebei schlief er ein und wurde am nächsten Tage erfroren aufgefunden.

Die Petroleumaffäre in Nordamerika. Der Chef des Justizdepartements (Athorney-General) Daugherty hat es abgelehnt, zurückzutreten. — Daugherty, der in der Petroleumaffäre der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine ähnliche Rolle wie bei uns Exposiminister Tusny in der Spiritusaffäre spielt, fühlt sich jedenfalls genau so unschuldig wie der bei uns davongejagte Minister. Ob die Amerikaner aber auch eine solche Geduld aufbringen werden, wie gewisse Völker Mitteleuropas, ist eine andere Frage.

Autonome Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. Das autonome Gebiet der Deutschen im Wolga-Rayon wurde durch Beschluß der Volkskommissäre des Verbandes der sowjetrussischen Republiken zu einer autonomen Republik erhöht. Diese wird 14 Bezirke umfassen, das Zentrum der Verwaltung wird die Stadt Pokrovsk an Stelle der früheren Hauptstadt Marxstadt sein. Der Verwaltungsapparat wird auf der Grundlage der Verfassung des sowjetrussischen Verbandes aufgebaut sein, wobei in der Republik sämtliche Arten von Volkskommissariaten errichtet werden, mit Ausnahme der Kommissariate für auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel. Die deutsche, russische und ukrainische Sprache werden auf dem Gebiete der Republik gleichberechtigt sein. Dieser Beschluß wird sofort nach Bestätigung durch das Präsidium der „Beika" in Kraft treten.

Warschauer Devisenschieber. Dienstag wurde in Warschau der Direktor der Warschauer Abteilung der Französisch-Polnischen Bank George verhaftet. Bei einer Bücherrevision durch die Finanzbehörden wurde festgestellt, daß die Bank unerlaubte Devisenüberweisungen auf nicht bestehende Kontis vorgenommen hat.

Von der polnischen Faszistenorganisation. Wie die Warschauer Blätter melden, wurde der kürzlich wegen Teilnahme an der faszistischen Organisation der „Bereitschaft der polnischen Patrioten" in seiner Wohnung internierte General Wroczenski in das Militärgefängnis gebracht.

Ein antifaszistischer Anschlag wurde Mittwoch abends in einer bekannten Speisewirtschaft in Paris verübt. Ein junger Italiener hat Nicola Bonservizi, den Pariser Korrespondenten des Organs Mussolinis, des „Popolo d'Italia", durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Der 21jährige Täter, der Anarchist ist, wurde verhaftet. Er ist von Beruf Kellner. Blättermeldungen zufolge ist der Ueberfallene der Gründer des Pariser Fascio. Seine Verwundung ist nicht lebensgefährlich. Der Angreifer erklärte, Anarchist zu sein und keiner Organisation anzugehören, daß er die Idee und nicht den Menschen habe töten wollen.

Zugskatastrophe in Spanien. In Avilla (Spanien) sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. Der eine wurde fast vollständig zertrümmert. Bisher wurden drei Tote und sechs Verwundete aus den Trümmern gezogen.

Furchtbares Kinderelend in der Ukraine. Die amtliche Untersuchung der Kinderasyle in der Ukraine ergab folgende Resultate: 35.000 Kinder wurden untersucht; etwa 50 Prozent derselben sind entkräftet und für Tuberkulose empfänglich. Die Räumlichkeiten befinden sich in einem unzureichenden Zustande. Die Kinder besitzen keine Schlafkammern, keine Wäsche und keine Kleider.

Die sozialistische Arbeiterpartei Spaniens hat beschlossen, eine eigene Druckerei mit Unterstützung der Genossenschaften und Gewerkschaften einzurichten. In Palma de Mallorca wurde ein neues Volkshaus errichtet. Der Führer der Arbeiterpartei, Pablo Iglesias, ist zu seinem 76. Geburtstag vom ganzen Lande gefeiert worden. In Madrid wurden zwei Büsten von ihm aufgestellt, in der Gemeinde Azuaga ist eine Straße nach ihm benannt worden.

Staatspensionen für Mitarbeiter der Wissenschaft. Bekanntlich war es (und ist es heute noch) das Schicksal nicht weniger X-Strahlenforscher, bei ihrer Arbeit körperliche Schäden zu erleiden, die häufig zum Verlust eines oder mehrerer Glieder führten. In der Erkenntnis, daß diese Märtyrer der Wissenschaft einer geregelten staatlichen Unterstützung würdig seien, hat der Londoner Provinzialausschuß des englischen Apotheker- und Chemikerverbandes beschlossen, der Regierung eine Resolution vorzulegen, wonach „alle Männer, die sich als Radiographen im Spitaldienst X-Strahlenentzündungen zugezogen und infolgedessen eine dauernde Berufsstörung erlitten haben, Staatspension erhalten sollen". Den letzten Anstoß zu diesem Entschluß gab der Fall Mr. Reginald Blackalls, der nach 20jährigem Dienst als Radiograph eines Londoner Spitals beide Hände verlor und nun durch den Carnegieschen Heldenfonds unterstützt wird.

Heine-Gedenktag in Paris. An dem Sterbehause Heinrich Heines in der Matignonstraße in Paris soll eine Gedächtnistafel angebracht werden.

Zur Bekämpfung der Krebskrankheit hat die belgische Regierung einen Kredit von einer Million Franken zur Verfügung gestellt.

Ein Gustav Landauer-Denkmal. Gesinnungsfreunde in München haben es übernommen, für die auf dem Waldfriedhof befindliche Aschenurne Gustav Landauers einen Gedenkstein zu setzen. Hiezu sind etwa 550 Mark erforderlich, die durch Spenden aufgebracht werden sollen.

Eine Lenin-Gedächtnismarke. Die neuesten Briefe, die aus Rußland kommen, sind mit Marken versehen, die das Bildnis Lenins in Schwarz und Weiß zeigen, umgeben von einem schwarzen Trauerrahmen mit einer äußeren Umrahmung in Sowjetrot. Diese Gedächtnismarken machen einen sehr würdigen Eindruck und sollen nur ganz kurze Zeit verwendet werden. Bei seinen Lebzeiten hat Lenin nie zugelassen, daß sein Kopf auf den russischen Marken erschien.

Ein Kodex für Diplomaten. In England erfreut sich ein Handbuch des guten Tons unter dem Titel „don't" (das darf man nicht) weiter Verbreitung. Nach dem Beispiel dieser Anstandslehre hat Sir Esme Howard, der neue britische Botschafter in Washington, jetzt ein „don't" zum Gebrauch der Diplomaten zusammengestellt und herausgegeben. Unter den hier erteilten Ratschlägen befinden sich die folgenden: „Hüte dich stets, etwas zu schreiben oder zu sagen, was irgendeiner als Beleidigung auffassen könnte. — Schreibe niemals, wenn du wütend oder ärgerlich bist, so berechtigt auch deine Wut und dein Aerger sein mag." — „Sorge dich nicht um die stilistische Fassung; die Hauptsache ist und bleibt, daß du deine Gedanken klar und unzweideutig zum Ausdruck bringst."

Columbus ein Spanier? Ein Vortrag von Cobello Papiedra über Christoph Columbus hat in Madrid besonderes Aufsehen erregt, da er darin mit Dokumenten zu beweisen versucht, daß Columbus in Ponte Pedra geboren und daher Spanier und nicht Italiener ist. Bisher galt Columbus als geborener Genueser.

Ein Schutzgebiet für Vögel. Aus London wird gemeldet: Ein Landeskomitee hat die in der Nähe der Küsten von Northumberland liegenden Farnerinseln um eine beträchtliche Summe, die durch Sammlung aufgebracht worden ist, angekauft, um dort für die Vögel ein Schutzgebiet einzurichten. Diese ziemlich felsigen Inseln waren auch bisher berühmt durch ihre Vogelwelt; es gibt dort Arten, die eine Rarität auf dem ganzen Erdenrund darstellen.

Witterungsübersicht vom 21. Feber. Am Mittwoch war es Tag und Nacht völlig heiter. Unter der Einwirkung unbehinderter Sonnenstrahlung stieg die Temperatur an vielen Orten der Republik über den Gefrierpunkt (in Prag auf + 2 Grad Celsius), obgleich in der vorhergegangenen Nacht strenger Frost geherrscht hatte. In der Nacht auf Donnerstag haben sich die Fröste noch verschärft (Mafecka Teplice — 20 Grad Celsius, Eger und Budweis — 17 Grad Celsius, Prag — 13 Grad Celsius). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend heiter, neblig, Fröste, schwache Luftbewegung.

Kleine Chronik.

Ist Paralyse heilbar?

Eine der gefürchtetsten Krankheiten ist die fortschreitende Paralyse, populär Gehirnerweichung genannt, eine Spätfolge der Syphilis, bei der der Krankheitserreger, die Spirochaeta pallida, zerstörend im Gehirn einwirkt, so daß es zu einem völligen Verfall der geistigen Persönlichkeit kommt, bis der Tod diesem grausamen Leiden ein Ende bereitet. Durch Ibsens packende, medizinisch allerdings nicht ganz einwandfreie Darstellung in seinem Drama „Gespenster" ist diese Krankheit in weitesten Kreisen bekannt geworden. Eine Anzahl geistig bedeutender Persönlichkeiten ist ihr zum Opfer gefallen. Wenn auch nur, wie statistisch festgestellt ist, vier bis fünf Prozent aller an Syphilis Erkrankten in Paralyse verfielen, so war für diese Menschen die einmal ausgesprochene Diagnose Paralyse einem Todesurteil vergleichbar. Noch 1912 berichtete der Psychiater Hoche, daß er in 20jähriger klinischer Tätigkeit niemals eine Heilung der Paralyse erlebte, während Krafft-Ebing 2500 Paralytiker rettungslos enden sah. An Versuchen zur Behandlung der Paralyse hat es nie gefehlt; sie blieben mehr oder minder alle ergebnislos, bis Wagner-Jamegg und Gerstmann 1918 und 1919 dazu übergingen, bei Paralytikern künstliche Fieber zu erzeugen, indem sie den Kranken Malariablut einspritzten. Schon Hippokrates und Galenus, zwei berühmte Aerzte des Altertums, hatten die Beobachtung gemacht, daß geistige Störungen oft durch fieberhafte Erkrankungen gebessert wurden. Den beiden modernen Forschern gelang es nun in der Tat, durch künstliche Erzeugung der Malariakrankheit die Zerstörung im Gehirn der Paralytiker zum Stillstand zu bringen und die Kranken geistig wieder soweit zu kräftigen, daß sie ihrem Beruf erneut nachgehen konnten. Wie Dattner in der Klinischen Wochenschrift berichtet, sind jetzt sechs Jahre nach der Behandlung einzelne dieser Patienten ohne Rückfall geblieben; inzwischen sind Hunderte von Paralytikern erfolgreich behandelt worden. Man stellt sich die Heilwirkung des künstlich gesetzten Wechselfiebers so vor, daß der Körper im Kampf gegen diese neue heftige Erkrankung seine Abwehrkräfte gegen die eingedrungenen Malariaerreger zusammenrafft und bei deren Vernichtung auch die Syphilisspirochaeten so schwer beeinflußt, daß sie ihre Zerstörungsarbeit im Gehirn nicht mehr fortsetzen können. Zur Abheilung der Malaria steht im Chinin ein promt wirkendes Heilmittel zur Verfügung. Wenn auch nicht alle der zur Behandlung mit Malariablut gekommenen Paralytiker Heilung gefunden haben, so liefert die Zahl der wirklich geheilten Fälle den Beweis, daß die neue Behandlungsweise der Paralyse eine beachtenswerte Großtat der modernen medizinischen Forschung darstellt. Welche sozialpathologische Bedeutung der Heilung der Paralyse beizumessen ist, erhellt aus der Tatsache, daß, wie Wollenberg angibt, im Durchschnitt die Paralysen zehn bis 20 Prozent der Gesamtaufnahmen der psychiatrischen Anstalten betragen.

Der Palast der Geister. Als das „geheimnisvollste Haus" in ganz Amerika wird von New Yorker Blättern der „Palast der Geister" bezeichnet, der sich zu San José in Kalifornien befindet. Dieses gewaltige Gebäude ist jetzt der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht worden, und damit ist der größte Teil der mysteriösen Geheimnisse aufgeklärt, die solange dieses phantastische Geisterhaus umschwebten. Es ist ein riesiger Palast von 144 großen Gemächern, der in einem Zeitraum von 39 Jahren von einer verstorbenen Millionärin, Mrs. Sarah L. Winchester, gebaut wurde. Sie wohnte die ganze Zeit in diesem noch nicht fertigen Gebäude, wurde aber mit dem Bau niemals fertig, „weil die Geister es anders bestimmten". Mrs. Winchester, die von dem Augenblicke an, da sie sich in dem Hause ansiedelte, mit Geistern im Verkehr stand, wurde von diesen dahin unterrichtet, daß sie so lange nicht sterben würde, als an dem Palast weitergebaut würde. Da sie eine reiche Frau war und es sich leisten konnte, so baute sie an dem zunächst nur auf zehn Zimmer berechneten Gebäude immer weiter, und als sie vor einigen Monaten starb, war der riesige „Palast der Geister" daraus geworden. Der Bau enthält 144 große Zimmer, über 2000 Türen, 10.000 Fenster und 150.000 Fensterscheiben. Durch 38 Jahre haben hier jeden Wochentag 16 Maurer, Zimmerleute und andere Arbeiter gearbeitet, und was sie geleistet haben, stellte sich nun in diesem weitläufigen Bau dar. Einige der Zimmer sind sehr große Säle, die phantastisch ausgestattet sind. So ist z. B. der Prismensaal ein Meisterwerk in Silber und Gold, das mit Tausenden von Prismen ausgestattet ist, die bei voller Beleuchtung in allen Farben des Regenbogens aufleuchten. Vertreter der okkulten Wissenschaften sind der Ansicht, daß dieser erstaunliche Palast von Geistern bewohnt (?) wird und daß sich nirgends besser Gelegenheit bietet, um durch die Vermittlung von Medien mit den Toten Zwiesprache zu halten. Derartige Versuche sind bereits zahlreich vorgenommen worden. In einem Raum, zu dem bei ihren Lebzeiten niemand je Zutritt gefunden hat, verkehrte Mrs. Winchester täglich mit ihrem verstorbenen Gatten — der, wenn er noch gelebt hätte, seine verrückt gewordene Frau sicher zum Teufel gejagt hätte.

Gerichtssaal.

Ein schwerer Junge.

Dem Kameraden das Genick gebrochen und ein dreizehnjähriges Mädchen vergewaltigt und angesteckt.

Troppau, 21. Feber. Wegen der genannten Verbrechen hatte sich vor dem Schwurgericht in Troppau der jugendliche Arbeiter Lorenz Andreatto aus Setzdorf (Bezirk Freiwaldau) zu verantworten. Lorenz A. besuchte im Sommer in Kalkenstein bei Schwarzwasser ein Tanzkränzchen. Während der Unterhaltung erzählte er seinem Kollegen Hauke, daß ihm ein anderer Kamerad gezeigt habe, wie man am besten einen Gegner bei einem Zweikampfe sofort kampfunfähig machen kann. Um es praktisch zeigen zu können, ersuchte Andreatto den Hauke sich für dieses Experiment zur Verfügung zu stellen. Hauke ging darauf ein. Andreatto griff seinem Kamerad von rückwärts unter die Arme und drückte mit den Händen den Kopf des Hauke nach vorne. Hauke brach dabei zusammen und blieb leblos am Boden liegen. Es wurde sofort aus Setzdorf ein Arzt geholt, der eine schwere Schädigung des Nervensystems konstatierte und die sofortige Ueberführung des Patienten in das Freiwaldauer Krankenhaus anordnete. Dort verschied der junge Man nach einigen Tagen an den Folgen dieses „Polizeigriffes". Bei der Obduktion der Leiche des Hauke wurde festgestellt, daß ihm Andreatto einen Halswirbel gebrochen hatte. Als Folge dieses Unfalles gesellte sich noch eine Lungenentzündung dazu, die den Tod des Hauke herbeiführte.

Diese Tat gab der Anklagte zu, bestritt aber dagegen die ihm zur Last gelegte Schändung und Vergewaltigung der 13jährigen Ida T. Andreatto hatte sich im Jahre 1921 in Friedeberg angesteckt und übertrug, obwohl er noch in ärztlicher Behandlung stand, die furchtbare Seuche (Syphilis) im August v. J. auf das 13jährige Kind, das kurze Zeit nach der Ansteckung erkrankte und sich seither einigemal im Troppauer Krankenhause wegen Heilung einer Kur unterziehen mußte.

Die Zeugenaussagen der 13jährigen Ida T. und deren Mutter stellte der Angeklagte als eine Gehässigkeit dar; er konnte aber selbst nicht einen Beweggrund angeben, der die Frau und das Kind zu dieser Gehässigkeit veranlaßt hätten. Durch die klaren und überzeugenden Aussagen des Kindes und der Mutter wurde die Anklage bestätigt. Die Bescheidenheit, mit der die arme Frau bei der Verhandlung für ihr Kind Schadenersatz verlangte, veranlaßte sogar den Staatsanwalt, ihr zu sagen, daß diese Bescheidenheit durchaus nicht am Platze sei. Sie könne heute nicht wissen, ob das Kind nicht doch noch an den Folgen dieser Ansteckung zu leiden haben werde und sie möge daher statt 100 Kronen 1000 Kronen verlangen, um so mehr, als der Angeklagte in der Lage sein werde, die geforderten Schadenersatzansprüche zu erfüllen. Mit diesem Vorschlage erklärte sich die Mutter des Kindes schließlich einverstanden.

Die Geschworenen beantworteten alle vom Gerichte gestellten Hauptfragen bezüglich der Schändung und Notzucht und des Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit zwölf Stimmen „Ja", bezüglich des Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens gegenüber dem verstorbenen Hauke mit zehn Stimmen „Nein" und zwei Stimmen „Ja". Auf Grund dieses Wahrspruches der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten wegen Notzucht, Schändung und Uebertretung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu drei Jahren schweren Kerkers, verbunden mit einer Faste vierteljährlich und Dunkelhaft am Jahrestage des Verbrechens; ferner zum Ersatze von 1000 K an die Mutter der geschädigten Ida T. und über 800 K an die Bezirkskrankenkasse in Friedeberg.

Ein Nachtwächter der Brandlegung beschuldigt.

Troppau, 20. Feber. Wegen Brandlegung hatte sich gestern vor dem Troppauer Schwurgericht der 48 Jahre alte Franz Kressky zu verantworten. Aus der Anklageschrift entnehmen wir folgendes: Franz Kressky war bei dem Manne seiner Nichte, Anton Koska, in Sandau (Hultschinder Ländchen) von 1915 bis Mai 1923 als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt. Im Mai 1923 verließ er diesen Posten und übernahm die Stelle eines Nachtwächters in der Gemeinde Sandau. In der Nacht zum 25. September brannte nun die Scheuer des Anton Koska plötzlich nieder. Der Verdacht fiel sofort auf Kressky und wurde auch durch Zeugen bestätigt. Diese hatten nämlich den Angeklagten vor dem Ausbruche des Feuers in einem Gasthause gesehen, wo er im trunkenen Zustande sich äußerte, „wenn Feuer wäre, so hätte er eine große Freude, denn da könnte er als Nachtwächter einmal Alarm blasen". Ferner wurde durch Zeugen festgestellt, daß Kressky auch über Schmuggeln von Schweinen und Salz gesprochen hatte, welcher Angriff gegen Koska gemünzt war. Eine andere Zeugin erklärte, sie habe Kressky in der Nähe der Scheune ihres Arbeitgebers Koska gesehen.

Weiter war Kressky vor dem Brande auf der Straße von einem Dorfbewohner angerufen worden, hatte aber keine Antwort gegeben. Als ihm der Dorfbewohner nachlief, sagte der Nachtwächter, daß er zwei verdächtige Individuen gesehen habe, die er nicht aus den Augen lassen wolle. Während dieses Gespräches sagte dann Kressky plötzlich zu dem Zeugen: „Die Scheune des Koska brennt." Der Zeuge, der nichts bemerkte, meinte zu Kressky: „Mir scheint, bei Dir brennts im Kopf" und verbot ihm, Alarm zu blasen.

Als dann später das Feuer bemerkt wurde, soll sich der Angeklagte noch zu dem Mädchen des Koska geäußert haben: „Sage Deinem Herrn, er soll sich die Wirtschaft mit Wache umstellen lassen, sonst brennt ihm nöchstens auch noch diese ab." Außerdem hat Kressky gedroht, daß noch zwei andere Wirtschaftsobjekte an die Reihe kommen werden.

Bei der Einvernahme bestritt der Angeklagte das ihm zur Last gelegte Verbrechen auf das entschiedenste und bekannte sich auch vor den Geschworenen als nichtschuldig. Die Indizienbeweise wurden von den Geschworenen als nicht hinreichend erklärt und sprachen den Angeklagten von der Anklage auf Brandlegung frei. Er wurde aber nach § 18 des Gesetzes zum Schutze der Republik — da er im Dorfe unwahre und beunruhigende Nachrichten verbreitet hatte — und wegen des Diebstahles einer Schürze zu acht Monaten Kerkers mit Hofteinrechnung verurteilt.

Rachsucht über das Grab hinaus.

Hohenplotz, 21. Feber. Die aus Liebenthal stammende, in Romersdorf (Schlesien) wohnhafte 67 Jahre alte Anna Wiedermann wurde vor mehreren Jahren wegen eines politischen Vergehens bestraft. Auf dem Gnadenwege erreichte sie die Umwandlung der Arreststrafe in eine Geldstrafe. Als sie diese nun bezahlen sollte, ließ sie nichts von sich hören, so daß die Behörde gezwungen war, die Strafe auf dem Wege der Pfändung einzutreiben. Dazu wollte sich aber niemand hergeben, weil jeder die böse Zunge dieser Frau fürchtete und mit ihr daher nichts zu tun haben wollte. Schließlich meldete sich ein Ortsfremder, der die Aufgabe übernahm, die Strafe einzutreiben. In Begleitung des Gemeindevorstehers Selig wurde dann die Exekution vorgenommen.

Als der Gemeindevorsteher Selig im Vorjahre beerdigt wurde, hatte Frau Wiedermann die Pfändung noch nicht vergessen und ließ beim Begräbnisse ihrer Zunge freien Lauf, indem sie der Frau des Verstorbenen erklärte: „Es ist gut, daß die Bestie, der Hund krepiert ist, der mich und ihre (Frau Seligs) Familie um viel Geld gebracht hat."

Frau Wiedermann hatte also den verstorbenen Selig dem öffentlichen Spotte ausgesetzt und verächtlich gemacht und wurde wegen dieser Uebertretung vom Bezirksgerichte Hohenplotz zu zehn Tagen Arrest unbedingt verurteilt.

Gegen dieses Urteil meldete die Angeklagte die Berufung an. Als der Vorsitzende des Berufungsgerichtes die Angeklagte fragte, ob sie geneigt wäre, der Frau Selig eine Genugtuung zu geben, erwiderte sie brüsk, daß sie dazu nicht gesonnen sei, nachdem sie sich nicht schuldig fühle. Das Berufungsgericht bestätigte hierauf das erstrichterliche Urteil.

„Albanische Blutrache."

Berlin, 21. Feber. Unter der Anklage des versuchten Mordes hatte sich der 31jährige Student Mohammed Djemal-Bey vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte, ein großer, stattlicher Mann mit nicht unsympathischen Gesichtszügen, stammt aus Barana und ist türkischer Staatsangehöriger. Er lebt seit 1916 in Berlin. Nachdem er auf der Universität in Stambul das Literaturexamen gemacht hatte, setzte er in Berlin seine Literaturstudien fort und betrieb seit 1920 auch das Studium der Medizin.

Mohammed Djemal hatte im Sommer 1921 eine Witwe M., die Tochter eines höheren Ministerialbeamten, kennengelernt; die Beziehungen entwickelten sich bald zu einem Liebesverhältnis. Beide machten wiederholt gemeinsame Reisen. Nachdem es häufig zu Eifersuchtsszenen gekommen war, erhielt er von seiner Freundin einen Absagebrief. Er wollte sich jedoch nicht abweisen lassen und versuchte eine Aussprache. Bei einer Bewegung auf dem Potsdamer Bahnhof am 13. November ging seine frühere Geliebte an ihm vorbei, ohne ihn zu beachten. Er muß ihr aber gefolgt sein, denn kurz vor ihrer Wohnung in Friedenau stürzte er plötzlich auf Frau M. zu und versetzte ihr mit einem langen Messer einen heftigen Stich, der durch Pelzkragen und Kleidung ging und eine fünf Zentimeter tiefe Wunde im Oberarm verursachte. Mohammed Djemal wurde darauf in Haft genommen und wegen versuchten Mordes angeklagt. Zu seiner Verteidigung berief er sich darauf, daß er nach albanischen Recht gehandelt habe. Er habe sich moralisch verheiratet gefühlt. Da seine Braut ihn keines Blickes gewürdigt habe und seinen Gruß nicht erwiedert hätte, sei ihm eine Schmach angetan worden, die nur durch einen Tropfen Blut, gemäß seinen heimischen Gebräuchen, getilgt werden könne. Der medizinische Gerichtssachverständiger war der Meinung, daß bei dem Angeklagten zweifellos Anomalien vorhanden seien. Da er nach seiner Behauptung an epileptischen Anfällen leide, so könne er ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten ohne gründliche Untersuchung desselben nicht abgeben. Der Sachverständige beantragte daher die Aussetzung der Verhandlung. Diesem Antrage gab das Gericht auch statt. Einen weiteren Antrag des Verteidigers, zu der neuen Verhandlung auch einen albanischen Sachverständigen darüber zu hören, ob derartige Bräuche in der Heimat des Angeklagten beständen, lehnte das Gericht jedoch ab.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. Edgar, Rekäzanka 2a.
2535

Volkswirtschaft.

Der Streik der Bodenbacher Chamotte-arbeiter beendet.

Mittwoch den 20. Feber wurde, nachdem die Verhandlungen bereits zweimal gescheitert waren, in einer neuerlichen Verhandlung ein Uebereinkommen der Arbeiterschaft mit der Firma getroffen, durch welches der Streik, der drei Wochen gedauert hat, beendet wurde. Die Arbeiter traten bekanntlich wegen eines Lohndiktates und weil die Firma sich weigerte die Organisation anzuerkennen, in den Streik. Wie wir bereits mitteilten, ließ es die Firma an nichts fehlen, um die Arbeiter niederzuringen und versuchte sogar durch Inserate in der bürgerlichen Presse Streikbrecher zu gewinnen. An der festen Solidarität der Arbeiterschaft scheiterten alle ihre Versuche und die Firma mußte sich wohl bequemen, über Veranlassung des Obergewerbeinspektors Dr. Bismer in Verhandlungen einzutreten. Diese waren für Mittwoch den 20. Feber anberaumt und dauerten von 10 Uhr vormittags bis 5.45 Uhr nachmittags. Nach zähem Kampfe wurde zwischen der Arbeiterschaft und der Firma ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem für einzelne Kategorien wohl ein Lohnabbau, jedoch bei weitem nicht in der von der Firma beabsichtigten Höhe zugestanden wurde, für die schlecht entlohnten Arbeiter war es jedoch möglich, eine Lohnerhöhung bis zu 30 Heller per Stunde zu erreichen. Durch zwölf Arbeitstage, beginnend ab 21. d. M., gelten noch die alten Lohnsätze. Maßregelungen der Arbeiter finden nicht statt. Alle Arbeiter treten in ihre früheren Rechte wieder ein. Die Mitglieder des Betriebsausschusses treten die Arbeit am 21. d. M. an, denen möglichst bald ihre Ersatzmänner folgen. Sie verzichten auf ein Entgelt für den Lohnentgang während des Streikes. Die Firma garantiert der Arbeiterschaft durch vier Monate eine 48stündige Arbeitswoche zu den neu festgesetzten Löhnen. Hinsichtlich der Entlohnung der Ueberstunden gelten die bisherigen Bestimmungen. Herr Direktor Lenz gab noch offiziell die Erklärung ab, daß die Rechte der Arbeiter betreffend die Krankenkasse keine Unterbrechung oder Verkürzung erfahren. Kleine Differenzen, die den Bestimmungen dieses Uebereinkommens widersprechen, werden zwischen der Firma und dem Betriebsausschuß geregelt werden. — Mit diesem Uebereinkommen haben die Arbeiter einen Angriff der Unternehmer mit Erfolg abgewehrt. Die Entschlossenheit und Solidarität mit der die Metallarbeiter und nunmehr auch die Chamotte-arbeiter den ihnen aufgezwungenen Kampf geführt haben, möge der übrigen Arbeiterschaft zum Beispiel dienen.

Wie eine „kommunistische" Krankenkasse einen kranken Arbeiter behandelt.

Die Bezirkskrankenkasse in Freiwaldau (Schlesien) ist in kommunistischen Händen, weil ein Teil der dortigen Arbeiterschaft zur Zeit der Spaltung den Kommunisten glaubte. Wie aber die Kommunisten die Rechte der Freiwaldauer Arbeiterschaft wahren, lehrt folgender Vorfall:

Das Kassenmitglied J. H. ließ sich am 5. Dezember 1923 von seinem Arbeitgeber den Krankenschein ausfolgen und begab sich mit dem Schein zu seinem Rayonarzt Dr. Raudnitzky in Kaltseifen, der Nasenpolyp konstatierte, eine Operation als notwendig erklärte und sandte den Kranken mit einem Schriben zum Chefarzt Dr. Streit nach Freiwaldau. Dr. Streit behielt sich nun den Krankenschein und sandte den Kranken nach erfolgter Untersuchung mit einem Schreiben zum Dr. Weidlich in Freiwaldau, welcher den Kranken für den 7. Dezember 1923 ins Krankenhaus bestimmte, wo dann die Operation von Dr. Neugebauer vorgenommen wurde. (Dr. Weidlich und Dr. Neugebauer arbeiten zusammen im Krankenhaus in Freiwaldau.) Die Behandlung dauerte acht Tage und Dr. Neugebauer stellte dem Kranken einen Schein aus, mit welchem bestätigt wurde, daß die Behandlung solange dauerte und der Kranke die Zeit versäumt hat, also nicht arbeiten konnte. Die Krankenkasse aber verweigerte dem Patienten das Krankengeld und verlangte die Beibringung der Bestätigung darüber, daß sich der Chefarzt Dr. Streit den Krankenschein behielt, und daß der Kranke arbeitsunfähig war. Als von Dr. Streit der Krankenschein verlangt wurde, konnte er ihn nicht finden, fand ihn aber dann doch, erklärte aber, obwohl er den Kranken selber nicht behandelt hatte, daß eine Arbeitsunfähigkeit nicht vorliege, denn Nasenpolyp sei in fünf Minuten beseitigt. Der Patient ging dann noch einmal zu Dr. Weidlich, welcher einwandfrei und ausdrücklich schriftlich bestätigte, daß der Kranke arbeitsunfähig war. Trotzdem lehnte die Krankenkasse, die unter der Leitung des Kommunisten Zorn steht, die Auszahlung des Krankengeldes wieder ab.

Die Ablehnung wurde damit begründet, daß es angeblich nur eine ambulatorische Behandlung gewesen war. Also den kommunistischen „Arbeiterrettern" war nicht das Gutachten der beiden behandelnden Aerzte Dr. Weidlich und Dr. Neugebauer maßgebend, sondern sie klammerten sich krampfhaft an die Aussage des Chefarztes Dr. Streit, der den Kranken gar nicht behandelt hat und bei der Behandlung nicht dabei war, folglich auch nicht wissen konnte, ob Arbeitsunfähigkeit vorlag oder nicht. Aber die kommunistischen Arbeiterrechtsverweigerer verstehen es meisterhaft, sich bei dieser haarsträubenden Arbeiterrechtsbeugung noch als Wohltäter aufzuspielen. Sie haben nämlich dem arbeitsunfähigen Kranken, der auf das volle Krankengeld Anspruch hatte, freiwillig eine Unterstützung im Betrage des halben Krankengeldes gewährt. Höher geht wohl die kommunistische Demagogie nicht mehr, denn in Wirklichkeit haben sie den arbeitsunfähigen Kranken um das halbe Krankengeld gebracht.

Das Sekretariat des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Jägerndorf intervenierte schriftlich bei der Krankenkasse in Freiwaldau und verwies auf die Bestätigungen der behandelnden Aerzte, daß der Kranke arbeitsunfähig war, und daß daher kein Grund vorliege, das Krankengeld zu verweigern. Aber auch das half nichts. Denn anscheinend wäre es nicht kommunistisch gewesen, den arbeitsunfähigen Kranken das ihm gebührende Krankengeld zu geben. Auch die Klage, die beim Schiedsgericht in Freiwaldau eingebracht wurde, wurde in echt kommunistisch jesuitischer Weise abgewiesen. Das Schiedsgericht gibt zwar zu, daß die Arbeitsunfähigkeits-Bestätigung erbracht wurde, daß aber die Krankmeldung bei der Kasse erst am letzten Krankentage erfolgte, weshalb ein Anspruch auf Krankengeld nicht besteht.

So sieht also das kommunistische Wirken für die Arbeiter praktisch aus! Der kranke Arbeiter läßt sich vom Unternehmer den Krankenschein geben, geht sofort zu seinem Kassenrayonarzt, der ihn wegen Vornahme einer Operation an den Kassenchefarzt Dr. Streit schickt und dieser schickt ihn wieder zur Behandlung zu Dr. Weidlich, wo er behandelt wird und wo bescheinigt wird, daß er arbeitsunfähig war. Den Krankenschein behält sich aber der Chefarzt und verlegt ihn, so daß die Kasse von der Krankmeldung nichts erfährt. Erst zum Schluß kommt man darauf und erst nach mühevollem Suchen findet der Chefarzt den Krankenschein wieder. Und das genügt den kommunistischen Machern, dem arbeitsunfähigen Kranken das Krankengeld zu verweigern. Jede andere Krankenkasse hätte in diesem Falle ohneweiters das Krankengeld ausgezahlt. Aber bei den kommunistischen „revolutionären" „Arbeitervertretern" muß der arbeitsunfähige Kranke schon juristisch gebildet sein, wenn er seines Krankengeldes nicht beraubt werden will. Dieses arbeiterfeindliche Treiben der Kommunisten muß überall der Arbeiterschaft vor Augen geführt werden, damit sie die kommunistischen Phrasen von der kommunistischen Praxis unterscheiden lerne!

Belgiens finanzielle Lage. Der belgische Ministerpräsident Theunis hob in seiner in der Abgeordnetenkammer gehaltenen Rede die großen Wiederaufbaubestrebungen Belgiens hervor und stellte die Besserung des Handelsgleichgewichtes fest. Deutschland, sagte er, schuldet uns noch achteinhalb Milliarden Goldmark und Belgien würde, um die Lösung der Reparationsprobleme zu erleichtern, seine Forderung auf fünf Milliarden herabsetzen. Das ordentliche Budget Belgiens für das Jahr 1924 befindet sich im Gleichgewichte. Bezüglich der zurückzuerstattenden Budgetauslagen wird die Regierung das Land um ein einstweiliges Opfer ersuchen und nicht zulassen, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe. Die derzeitige Finanzkrise ist so unberechtigt, daß sie nicht von Dauer sein könne. Es zeugt von Torheit, wenn gesagt wird, der Frank könnte auf das Niveau der Mark herabsinken. Die Mark ist zusammengebrochen, weil das Deutsche Reich systematisch eine schlechte Politik getrieben und ununterbrochen Papiergeld ausgegeben hat.

Kunst und Wissen.

Viertes Arbeiter-Sinfonie-Konzert in Aussig.

Beethoven, IV. Sinfonie (Pastorale), Richard Strauß „Don Juan", Sinfonische Dichtung und Franz Schubert, VII. Sinfonie C-Dur, waren das Programm des 4. Konzertes. Warum Richard Strauß zwischen Beethoven und Schubert eingeschoben wurde, ist nicht gut erklärlich, es wäre denn, um den Kontrast in der Benützung der Mittel und ihrer Wirkung zwischen den Klassikern und einem Modernen hervorzukehren. Was sich die Arbeiter bei „Don Juan", obwohl Erläuterungen dem Programm beigegeben sind, gedacht haben mögen, ist nicht schwer zu erraten, nämlich: Nichts. Dafür wird aber jedem Zuhörer, und wenn er gar nicht musikalisch vorgebildet ist, bei der Beethovenschen Pastoralsinfonie die für Volkskonzerte wie geschaffen und zur Einführung der Arbeiter in die Musik wie wenig andere geeignet ist, das Herz über die vielen Schönheiten des Werkes aufgegangen sein. Auch wenn die Erläuterungen hier nicht dabei gewesen wären, wurde jeder für Schönheit empfängliche Mensch das Werk mit dem Gefühl erfaßt haben. Und dabei wie einfach im Aufbau! Im ersten Teile des ersten Satzes nur zwei Tonarten Tonika und Dominante. „Welche Beschränkung gegenüber der Modulationssucht neuerer Komponisten!" sagt Reinecke. Ebenso wie Beethoven hat wohl auch Schubert auf alle Hörer mit seiner C-Dur-Sinfonie — in ihrer „himmlischen" Länge (Schumann) — gewirkt. Man müßte die herrlichen Einzelheiten und ihre Wirkung beschreiben, um das Werk all zu würdigen. Doch da halten wir es mit Mozart, der da gesagt haben soll: Beschriebene Musik ist wie ein erzähltes Mittagessen. So etwas muß man gehört haben. Das Orchester war besonders in der Schubert-Sinfonie glänzend, obwohl dort die Tempi mitunter etwas zu schleppend waren. In der sinfonischen Dichtung kam andererseits die Kraft, die dem Orchester innwohnt, sowie der Farbenreichtum prächtig zur Erscheinung. Die Beethoven-Sinfonie litt etwas unter dem Dirigenten. Es war diesmal der Opernchef des Aussigers Stadttheaters Herr Oskar C. Posa, der das Konzert leitete. Herr Posa ist sicher ein ganz tüchtiger Musiker und gewiegter Theaterdirigent; als Konzertdirigent fehlt ihm aber doch manches. So gibt er dem Orchester nicht sein persönliches Gepräge, holt aus diesem wirklich guten Körper nicht alles heraus, was darin steckt und läßt auch die eigene Interpretation einer Komposition vermissen. Unter diesen Mängeln litt die Sinfonie von Beethoven sehr stark. Er ist selbst zu sehr mit der Partitur beschäftigt, sodaß er sich mit dem Orchester nur insoweit abgeben kann, als er die dynamischen Zeichen markiert, was zum großen Teil hier gar nicht notwendig ist. Die stereotype Bewegung mit der linken Hand macht die äußere Form des Dirigierens nicht schöner. Dafür bot das Orchester sehr herrliche Bilder. —i—

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Schatzgräber" (Beginn halb 7 Uhr); Samstag „Entführung aus dem Serail" mit Theo Herrmann (Osmin) a. G. a. A.; Sonntag abends „Der Fürst von Pappenheim"; Montag „Das Lied von der Erde" (Beginn ½8 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag Bankbeamten-Vorstellung „Maria Magdalena"; morgen Samstag „Der eingebildete Kranke", „Die Gezierten"; Sonntag nachmittags „Don Pasquale", abends „Die deutschen Kleinstädter".

Heute Konzert Richard Mayr. Der berühmte Bassist der Wiener Staatsoper, Richard Mayr, gibt heute abends 8 Uhr in der Produktenbörse, einen Liederabend. Am Klavier: Alexander Zemlinsky.

Arbeitervorstellung „Liliom". Diesen Sonntag, halb 3 Uhr, findet im Neuen Theater eine Aufführung von Molnars interessanten Drama „Liliom" statt. Karten zu ermäßigten Preisen bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Basar.

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde," Ortsgruppe Prag II. Samstag, 23. Feber. Mitgliederversammlung 8 Uhr abends Nizza. 7 Uhr Fotoausschuß. Nach der Mitgliederversammlung gemütlicher Abend. Sonntag, 24. Feber: Halbtagsausflug. Zusammenkunft Smichower Bahnhof 2 Uhr Führer Heller. 2594.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Nießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O Holik.

Wo verkehren wir?

Café Continental, 1058 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1058 Prag-Nekazanka.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
Prag, Smečky 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidový dům"
der Genossenschaft „Ganymed"
Täglich. Konzert 1063 PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza" 1061
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
Unser Stammlokal.